Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung

Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

Band: 1 (1972)

Heft: 1

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A. Z. Zürich 1

50./1. Jahrgang Mai 1972
Achtmal jährlich

impuls

zürcher student

Auflage 30 000

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst – in Zusammenarbeit mit dem Verband Schweizerischer Studentenschaften (VSS)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich AG, Werdstrasse 21, 8021 Zürich, Tel. 01/39 30 30

Inserate: Dr. H. Dütsch, Bahnhofstr. 37, Postfach 880, 8022 Zürich, Tel. 01/23 83 83

In dieser Nummer

Gründung einer neuen Universität
Ausschnitte aus der Stellungnahme des VSS zum Projekt einer neuen Hochschule Luzern. *Seite 3*

Der »zs«-Essay
Konrad Farner zum Thema Lernen und Wissen: »Ein guter Wissenschafter kann ein besserer Revolutionär sein als ein schlechter Wissenschafter.« *Seite 4*

Zum Tag der Arbeit
Nach der politischen Universität die politische Fabrik: Impressionen zur Situation des französischen Arbeiters nach dem Mai 1968. *Seite 5*

Demokratie und Planung
Wird in der Schweiz über die Köpfe der Bevölkerung hinweg geplant? Zu einer Tagung in Rüschlikon. *Seite 7*

Germanistik zwischen Schöngeisterei und Verwertung
Thesen zum Selbstverständnis des Germanisten. *Seite 11*

Probleme der Lehrerbildung

»Die Luzerner Studienkommission für Hochschulfragen hat ... die Ausbildung von Mittelschullehrern als vordringliche Aufgabe einer Hochschule Luzern bezeichnet ... Da der Ausbau der Mittelschulen einen bedeutenden Lehrernachwuchs erfordert, entspricht eine besondere Bildungsstätte sowohl gesamtschweizerisch als auch für die einzelnen Sprachgebiete und die Kantone einem wirklichen Bedürfnis. Das gilt auch für die Weiterbildung der berufstätigen Lehrer.« (Bericht S. 84)

Dieser vorgesehene Schwerpunkt für die Mittelschullehrerausbildung ist wohl das qualitativ bedeutendste Moment am »Modell Luzern«. Nun liegt jedoch einerseits in der Schweiz nicht nur die Ausbilung der Mittel-Schullehrer, sondern mehr oder weniger diejenige aller Lehrkräfte im argen; anderseits gewinnt langsam aber sicher die Einsicht an Boden, dass jedes Unterrichten im Prinzip die gleichen Anforderungen an den professionellen Erzieher stellt, die Scheidung der Ausbildung nach Dauer und »Wissenschaftlichkeit« gemäss den Schulstufen und den Schularten nicht mehr gerechtfertigt ist. Es ist ja nicht einzusehen, wieso eine Kindergärtnerin weniger wissen soll als ein Gymnasiallehrer:

»Durch die Aufsplitterung der Bildungsinstitution vom Kindergarten über die Pflichtschulen bis hin zu den auseinanderstrebenden Einrichtungen der Oberstufe und durch die weitherum als Selbstverständlichkeit tolerierte Aufsplitterung der Ausbildungsgänge der Lehrer für diese Bildungsinstitutionen wurde der Blick von einer der wesentlichsten Tatsachen abgewendet: Dass ... das Feld der Erziehung ... als Einheit angesehen werden sollte.« (Müller S. 49)

Wir werden deshalb zunächst versuchen, das Problem der Lehrerbildung in seiner Gesamtheit zu betrachten.

Veränderte Bildungsanforderungen

Die Gesellschaft von heute braucht mehr und eine *anders geartete* »Bildung« als diejenige von gestern. Somit sind auch die Anforderungen an die Bildungsinstitution, an die Schulen auf allen Stufen gestiegen resp. steigen noch immer:

– Eine produktive, autonome Gestaltung des Daseins in der sich zunehmend komplizierenden (post-)industriellen Gesellschaft (komplexere Rollengefüge, Häufung von Rollenkonflikten usw.) erfordert

– die Vermittlung von *mehr* und *diversifizierterem* Wissen,

– nicht mehr bloss die Vermittlung von Fakten und Zusammenhängen, das Training zu deren effizienter Reproduktion, sondern immer mehr auch die Vermittlung der Fähigkeit, Problemsituationen zu erkennen und problemadäquat zu strukturieren, *die Fähigkeit zu produktiver, kreativer Problembewältigung* (Lernen des Lernens, Kreativität, Kommunikation).

– Die politische *Forderung nach objektiver und subjektiver Chancengleichheit;* gekoppelt mit der Erkenntnis, dass es Aufgabe der Schule, der organisierten Erziehung ist, zu *begaben* und nicht die »naturwüchsig entstandene« Begabung zu verwalten; gekoppelt mit der Erkenntnis, dass die Kinder der verschiedenen sozialen Schichten (und evtl. der verschiedenen Wohnorte) nicht die gleichen schulischen Startchancen haben, dass also *sozial bedingte Deprivationen* bestehen (Symptome der nach wie vor bestehenden Klassenunterschiede), an deren Beseitigung gearbeitet werden muss (kompensatorische Erziehung, Ausbau der Vorschulstufe etc.) – nicht nur auf der Ebene der Symptome, sondern auch auf der Ebene ihrer Determinationen:

»Das Recht auf schulische Bildung ist dann verwirklicht, wenn Gleichheit der Bildungschancen besteht und jeder Heranwachsende so weit gefördert wird, dass er die Voraussetzungen besitzt, die Chancen tatsächlich wahrzunehmen ... Die Chancengleichheit soll nicht durch eine Nivellierung der Anforderungen angestrebt werden. Die Aufgabe ist vielmehr, frühzeitig die Chancenunterschiede der Kinder auszugleichen und später das Bildungsangebot so zu differenzieren, dass die Lernenden ihren Lerninteressen und Lernmöglichkeiten entsprechende Angebote weiterführender Bildung antreffen. Gleichheit der Chancen wird in manchen Fällen nur durch die Gewährung besonderer Chancen zu erreichen sein.« (Strukturplan S. 30)

Für die Gestaltung der Schulen resp. des Unterrichts resultieren somit folgende Postulate:

– *Differenzierung* (Auffächerung des schulischen Angebots auf allen Stufen) und *Integration* (Zusammenzug bis jetzt getrennter Bildungszweige, bis jetzt relativ isoliert voneinander verlaufender Fächer);

– *Intensivierung* (neue didaktische Methoden, neue Lerntechnologien usw.) und *Individualisierung* (vermehrte Berücksichtigung der individuellen Lerninteressen und des individuellen Fähigkeitsprofils).

Neue Anforderungen an den Lehrer

Steigen die Anforderungen der Gesellschaft an die Schule, so steigen auch die Anforderungen an die professionellen Erzieher, an die Lehrer. Es stellt sich nun die Frage: Befähigen die heute (auf allen Stufen) zur Verfügung stehenden Ausbildungsmöglichkeiten die Lehrer, den gesellschaftlichen Erziehungs- und Bildungsauftrag zu erfüllen? – Es ist wohl schwierig, auf diese Frage an dieser Stelle eine kurze und bündige Antwort zu geben. Betrachtet man jedoch einerseits die Ausbildungsgänge für Volksschullehrer (immense Fächervielfalt, relativ wenige sozial- und erziehungswissenschaftliche Unterrichtseinheiten usw., siehe dazu die umfassende empirische Bestandesaufnahme: Karl Frey, *»Die Lehrerbildung in der Schweiz«* und *»Der Ausbildungsgang der Lehrer«)* andererseits die Ausbildungsgänge für Gymnasiallehrer (primär Ausbildung zum Fachwissenschafter), so kann man wohl diese Frage tendenziell mit einem *Nein* beantworten. Der Ansicht des Deutschen Bildungsrates ist deshalb unserer Meinung nach zuzustimmen:

»In den Erziehungswissenschaften, der Soziologie und der Psychologie sind in den letzten Jahrzehnten Fortschritte erzielt worden, die bisher nur unzulänglich für die Lehrerausbildung ausgewertet wurden.« (Strukturplan S. 217)

So sind viele Lehrer heute häufig weder *fähig noch willens,* qualitative Reformen – sofern solche Reformen zum Beispiel von Kollegen forciert oder von aussen her gefordert werden – durchzuführen. Diese Tatsache ist im Zusammenhang zu sehen mit der *sozialen Position und der Rolle des Lehrers* in der Gesellschaft einerseits und mit der ihm zuteil gewordenen Ausbildung andererseits.

a) Die Zwischenposition, die der schulische Erzieher einnimmt, der intermediäre Charakter erzieherischer Funktionen überhaupt, ist Quelle von Unsicherheit: *»Man gehört als Erzieher zwar zu der grossen Gruppe der Intellektuellen, hat aber in dieser Gruppe selbst keine eigene Funktion; man repräsentiert vor den Schülern zwar die Welt der Erwachsenen, hat aber von seinem eigentlichen Beruf her keine spezifische Aufgabe in dieser Erwachsenenwelt.«* (Kob S. 97)

b) die Diffusität dieses Feldes, in dem der Lehrer zu agieren hat, führt oft dazu, dass das rein pädagogische Berufsbild *»durch eine zusätzliche ausserpädagogische Orientierung«* ergänzt wird. (Kob S. 97). Diese Tendenz dürfte auch durch die geringen »innerpädagogischen« Mobilitätsmöglichkeiten gefördert werden (die geringen Mobilitätsaussichten im Lehrerberuf führen zu einer Häufung von Berufswechseln vor allem bei *Primarlehrern,* zu einer *tendenziellen Feminisierung des »Primarlehrerstandes«).*

c) Die Gesellschaft, die Eltern übertragen der Schule (und diese dem Lehrer) einen Erziehungs- und Bildungsauftrag, ohne dass der Lehrer auch nur die Mehrheit der auf das Kind einwirkenden »erziehenden« Kräfte kontrollieren könnte. Diese Stellung des Lehrers als *»Mittler«* zwischen Eltern, Schulverwaltung, gesellschaftlichen Gruppen usw. führt zu Konflikten, da von den verschiedenen »Fraktionen« unter Umständen sich ausschliessende Erwartungen an den Lehrer gerichtet werden.

d) Die ungenügende Ausbildung in Erziehungs- und Sozialwissenschaft, gekoppelt mit der aus a), b) und c) resultierenden Unsicherheit, führt oft zu einer *autoritären und rigiden Lösung von »innerschulischen« Konflikten* – besonders heute im Zeitalter der »Schülerrebellion«. Der *»Lehrer ist besonders anfällig für Rigidität«. (Döring S. 131) Derartige Stress-Situationen können jedoch auch produktiv gelöst werden, sofern man nicht überhaupt ihr Entstehen zu verhindern vermag, wenn der Einzelne in der Ausbildung systematisch darauf vorbereit worden ist:*

Man kann »von einer Rollenspaltung und einem zunehmenden Ungleichgewicht der Lehrerrolle sprechen, zwischen der fest institutionalisierten Beamtenrolle einerseits und der immer unklarer und diffuser werdenden Unterrichtsrolle andererseits ... Für den Lehrer ergibt sich aus diesem Dilemma die Notwendigkeit, seine »Selbstkontrolle« im Umgang mit den Schülern immer wieder neu zu entwerfen und definieren zu müssen ... Für die Lehrerausbildung entsteht dadurch die Schwierigkeit, die künftigen Lehrer nicht mehr auf eine eindeutig definierte und klar umrissene Berufsrolle vorbereiten zu können. An die Stelle des »role taking« einer überlieferten und gesicherten Berufsrolle tritt in zunehmendem Mass das situationsgerechte »role making« in einer ungesicherten, sich wandelnden Berufssituation ... Der Lehrer muss erfinderisch und experimentierfreudig, er muss innovativ werden ...« (Reichwein/Frech 21)

Gefordert: Gleichrangige wissenschaftliche Ausbildung für alle Lehrer

Geht man nun davon aus, dass – alle Kinder (aller Altersstufen, Klassen und Intelligenzniveaus) das gleiche Recht auf Bildung, optimale Förderung und pädagogische Betreuung haben;

– gerade die »weniger begabten« Kinder (sozial und kulturell Deprivierte) am meisten der intensiven Förderung, mithin der am besten ausgebildeten Lehrer bedürfen (kompensatorische Erziehung auf der Vor- und Grundschulstufe);

so ist die heute bestehende Abstufung der Lehrerausbildung nach Dauer und Wissenschaftlichkeit je nach Stufe und Schulart nicht mehr zu vertreten. Eigentlich hätten alle Lehrer eine – dem Anspruch, nicht jedoch unbedingt dem Inhalt nach – *gleichrangige Ausbildung* zu erhalten. Die heute noch oftmals hochgespielten Unterschiede zum Beispiel zwischen Volksschul- und Gymnasiallehrern *bestehen also zu Unrecht,* ebenso das ausgeprägte »Standesbewusstsein« bestimmter Lehrerkategorien.

Stellt man nun die Forderung auf: *Allen Lehrern – unabhängig von der gewählten Altersstufe und dem fachlichen Gegenstandsbereich – eine gleichwertige wissenschaftliche Ausbildung,* so stellt sich einerseits wieder die Frage: Wo soll diese wissenschaftliche

Fortsetzung S. 2

Editorial

Engagierte, fundierte Reflexion und Diskussion – und daraus resultierend aktive Parteinahme – tut not, soll sich das, was man heute kritisiert, auch tatsächlich zum Bessern wandeln. Blosses Abseitsstehen nützt nichts: »Wer sich nicht mit Politik befasst, hat die politische Teilnahme, die er sich sparen möchte, bereits vollzogen, er dient der herrschenden Partei.« (Max Frisch)

Was nun den Bereich der höheren Ausbildung betrifft, so soll diese Reflexion und Diskussion nicht auf den lokalen Rahmen, auf den Bereich der einzelnen Universitäten und Hochschulen beschränkt sein. Nicht nur stellen sich an den verschiedenen Universitäten und Hochschulen ähnliche, wenn nicht gar oft die gleichen Probleme, sondern gerade auf dem Gebiet der Bildungs- und Wissenschaftspolitik verlagern sich die Entscheidungskompetenzen von den Kantonen auf den Bund. Diese Nationalisierung der Probleme – die sich ja nicht nur auf dem Gebiet der Bildungspolitik vollzieht – verlangt eine Verstärkung der Kommunikation zwischen denjenigen Gruppen, welche in diesem nationalen Entscheidungsprozess ihre Forderungen und Argumente einbringen wollen: also auch der Studenten. Zur Klärung des eigenen Standpunkts, zur Diskussion bildungspolitischer und allgemeingesellschaftlicher Probleme – die ja eng miteinander verknüpft sind, zur Oeffentlichkeitsarbeit über den lokalen Rahmen hinaus ist eine überregionale Zeitung anzustreben.

Der »zürcher student« hat sich – dank seiner relativ potenten Infrastruktur – in letzter Zeit schon intensiv mit derartigen »nationalen« Problemen auseinandergesetzt. Es ist daher sinnvoll, von Zürich aus zu versuchen, eine überregionale studentische Zeitung – »impuls« – aufzubauen. In Zürich wird »impuls« als ein integraler Bestandteil des »zürcher studenten«, als dessen überregionaler Teil, erscheinen. An den anderen deutschschweizerischen Hochschulen wird »impuls« gratis verteilt resp. aufgelegt, sofern »impuls« nicht direkt den bestehenden lokalen Studentenzeitungen beigelegt wird.

Diskutiert werden sollen im »impuls« neben der Innen-, Aussen- und Sozialpolitik, des Modernen Lebens, allgemeingesellschaftspolitischen Themen vor allem Fragen der nationalen Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Angestrebt wird eine fundierte, nichtdogmatische Auseinandersetzung, ein engagierter Pluralismus. Es soll versucht werden, neue Aspekte, neue Impulse in die Diskussion einzubringen. Wir hoffen auf kritische Aufnahme und fruchtbaren Dialog mit dem Leser.

Redaktion zs/»impuls«

Eine vertane Chance?

Die Nachfrage nach Studienplätzen nimmt noch immer zu. Aufgrund der heute vorliegenden Unterlagen und Untersuchungen wird für das Jahr 1985 mit einer Nachfrage nach 65 000 bis 85 000 Studienplätzen gerechnet. Die Bereitschaft der Universitätskantone, ihre Hochschulen weiter auszubauen, nimmt dagegen ab – nicht zuletzt eine Folge der ungenügenden Unterstützung durch den Bund. Finanzielle und »motivationale« Engpässe zeichnen sich ab (siehe zum Beisiel die Plafonierung der Ausgaben für die Universität im Kanton Bern). Vor allem in der deutschen Schweiz besteht die Tendenz, das heute bestehende Kapazitätsangebot mehr oder weniger in die Zukunft zu verlängern: Das für das Jahr 1990 aufgrund der vorliegenden Zahlen zu erwartende Angebot an Studienplätzen ist praktisch mit demjenigen für 1980 identisch. Für das Jahr 1985 wird ein Angebot von etwa 71 000, hingegen eine Nachfrage nach 65 000 bis 85 000 Plätzen prognostiziert. Differenziert man Angebot und Nachfrage noch nach Sprachgruppen, so ist im Jahr 1985 in der deutschen Schweiz mit einem Angebot von etwa 33 000 und mit einer Nachfrage nach 41 000 bis 53 000 Plätzen zu rechnen. Nicht einmal die unterste Nachfrageerwartung wird also in dieser – sicher unvollständigen und problematischen – Prognose durch das zu erwartende Angebot abgedeckt. Daraus resultiert die Frage: Wie kann das schon für 1975 bis 1980 zu erwartende Defizit gedeckt werden? Etwa durch die Neugründung von Hochschulen?

Betrachtet man die vorliegenden Neugründungsvorhaben – Projekt für eine Hochschule Luzern (Schwerpunkt Mittelschullehrerausbildung) und Projekt für eine Abteilung für Bildungswissenschaften (keine eigentliche Volluniversität) in Aarau – unter dem Gesichtspunkt der Quantität, so ist von diesen Vorhaben, im speziellen vom Projekt Luzern, für die Jahre 1975 bis 1980 kaum eine grosse Entlastung der bestehenden Hochschulen zu erwarten. Von der Quantität her können daher heute Neugründungsvorhaben nicht überzeugend gerechtfertigt werden. Anzustreben ist vielmehr kurzfristig ein grosszügiger Ausbau der bestehenden Hochschulen, wozu natürlich ein stärkeres Engagement des Bundes (konzeptionell und finanziell) notwendig ist.

Längerfristig hingegen sind Neugründungen ins Auge zu fassen und in einem der Komplexität dieses Unterfangens adäquaten Planungs- und Entscheidungsverfahren vorzubereiten.

Hier ist nun von der qualitativen Seite her anzusetzen: Neugründungen sind nur in dem Mass sinnvoll, in dem

– sie, was Studienangebot und Studieninhalte anbetrifft, einen qualitativ neuen Input in das System »Hochschule Schweiz« zu leisten vermögen;

– sie sich, was die Studienorganisation und den Studienaufbau betrifft, als offene Reformuniversität begreifen.

Gerade diesen Anforderungen wird jedoch das Modell Luzern – das grösste heute diskutierte Neugründungsvorhaben – nicht gerecht: Zwar soll in Luzern ein Schwerpunkt für die neugestaltete Mittelschullehrerausbildung entstehen (Integration der fach- und der bisher stark vernachlässigten berufswissenschaftlichen Aspekte der Lehrerausbildung) – an sich eine durchaus sinnvolle und notwendige Schwerpunktsetzung. Genauere Angaben über Ziel und Konzeption einer derartigen neugestalteten Lehrerbildung fehlen jedoch in den offiziellen Dokumenten (zum Problem der Lehrerbildung s. nebenstehenden Artikel).

Die Konzeption für die Studienorganisation und den Studienaufbau basiert weitgehend auf den vom Schweizerischen Wissenschaftsrat im Jahr 1967 in seinem ersten Ausbaubericht propagierten – und schon damals heftigst kritisierten – Vorstellungen: Straffes (zwischengeprüftes) Normalstudium, daran anschliessend ein Forschungsstudium für die »Begabtesten, für Forschung und Vertiefung Geeigneten«. – Dies zeugt nicht gerade von einer intensiven Rezeption der neueren Hochschul- und

wissenschaftsdidaktischen Erkenntnisse.

Wenn nun auf derartige Kritiken erwidert wird: Selbstverständlich können derartige Ideen noch während der Feinplanung berücksichtigt werden, so wagen wir dies zu bezweifeln. Entweder sind derartige qualitative Inputs fundamentale Bestandteile der Gründungsidee, des Gründungsentwurfs – dann handelt es sich um eine Reformuniversität –, oder sie sind es eben nicht. Sie gleichsam noch im nachhinein mehr oder weniger zufällig einzuführen, dürfte schwierig sein, weil das zu eng konzipierte Modell eben dann seinen restriktiven Charakter offenbart.

Es ist nun abzuwarten, was sich nach der grundsätzlich positiven Stellungnahme der Hochschulkonferenz zum Modell Luzern, also auch zu den hier kritisierten Punkten, einerseits in den bildungspolitischen Gremien (vor allem dem Wissenschaftsrat), andererseits in Luzern selbst in der weiteren Planungsarbeit abspielen wird. Allerdings ist schon heute die Frage zu stellen: Ist die Chance, eine Hochschule, relativ unbelastet von den sich an anderen Orten grundsätzlicheren Reformen oft entgegenstellenden »historisch gewachsenen« Strukturen, aufzubauen, schon vertan? – Eine zustimmende Antwort impliziert die Frage nach den Ursachen, denn die Möglichkeit, dass es sich hier um ein »Zufallsprodukt« handelt, darf wohl guten Gewissens ausgeschlossen werden.

Rolf Nef

Probleme der Lehrerbildung

Fortsetzung von Seite 1

Ausbildung vermittelt werden? Unseres Erachtens ist dazu nur eine wissenschaftliche Hochschule imstande, eine Hochschule also, die neben dem Auftrag zur Lehre auch die materiellen Voraussetzungen, die fachliche Kompetenz und den Auftrag zur eigenen Forschung hat. Zu denken ist hier weniger an die Schaffung eigentlicher pädagogischer (Fach-)Hochschulen, sondern die *Inkorporation (Integration) der Primar-* und – sofern zumindest nicht schon formal geschehen – *der Sekundarlehrerausbildung in die bestehenden oder noch zu schaffenden Volluniversitäten* (Volluniversitäten = Hochschulen, an denen man sich nicht nur zum [Fach-]-Lehrer, sondern auch zum Fachwissenschafter ausbilden kann). Diese Integration soll einerseits eine generelle Hebung des Qualifikationsniveaus aller Lehrer ermöglichen, andererseits die – mit der Errichtung isolierter pädagogischer Hochschulen allenfalls verbundene Ghettoisierung der Lehrerbildung verhindern: Im Bereich der Fachwissenschaft zum Beispiel ist das Studium der künftigen Lehrer von dem anderer Studenten nach Anspruch und Intensität *nicht grundsätzlich* verschieden. Der Wechsel von und nach Studien, die auf andere Tätigkeitsbereiche als den des Lehrers ausgerichtet sind, muss jederzeit offen und möglich sein.

Struktur der integrierten Lehrerbildung

Wie soll nun diese »integrierte Lehrerbildung« an den Hochschulen strukturiert werden? Grundsätzlich soll jeder Ausbildungsgang für Lehrer die folgenden vier Elemente umfassen (siehe auch *»Integrierte Lehrerbildung«* BAK):

– *Fachwissenschaft:* Studium eines Gegenstandbereichs und der zu seiner Erschliessung verwandten Begriffe, Verfahren und Systeme. Die Grenzen des fachwissenschaftlichen Studiums brauchen sich nicht mit den zufälligen Grenzen der Disziplinen, wie sie historisch geworden sind, zu decken. Diese werden vielmehr in Zukunft zunehmend in Form von *Projekten* und *interdisziplinären Arbeitsgemeinschaften* überschritten werden müssen. Anspruch, Umfang und didaktische Prinzipien (forschendes Lernen, Theorie – Praxis – Bezug usw.) des fachwissenschaftlichen Studiums des künftigen Lehrers unterscheiden sich nicht von dem anderer Studenten des jeweiligen Bereichs.

– *Erziehungswissenschaft:* Studium der sozialen und psychischen Bedingungen von Unterricht und Erziehung wie auch der historischen, sozialen und psychischen Voraussetzungen für die Auffindung und Definition allgemeiner und spezieller Lernziele. Entsprechend dem Doppelcharakter von einerseits empirischer, andererseits normativer Erziehungswissenschaft gehört hierzu sowohl die Einführung in die Methoden der empirischen Sozialwissenschaft, besonders der Gruppen und Unterrichtsforschung, wie die Auseinandersetzung mit Sozialphilosophie und Bildungstheorie.

– *Fachdidaktik:* Studium der Analyse eines Wissenschaftsbereichs, seiner Grundbegriffe, Prinzipien und Verfahren im Hinblick auf seine Vermittlung an bestimmte Adressatengruppen, der Entwurf einer solchen Vermittlung, zum Beispiel von Unterricht mit seinen Lernsituationen, Sequenzen und Methoden, aufgrund dieser Analyse und unter Berücksichtigung der mit den Mitteln der Erziehungswissenschaft erhobenen und beschriebenen konkreten psychischen und sozialen Bedingungen.

– *Praktikum:* Konfrontation mit der Praxis von Unterricht und Erziehung. Das Praktikum hat grundsätzlich drei Funktionen:

– Motivation und Problembewusstsein zu wecken;

– ein Feld für Beobachtung und Experiment sowohl für die in der Erziehungswissenschaft gewonnenen Kategorien wie für die in der Fachdidaktik diskutierten Entwürfe bereitzustellen;

– Gelegenheit zum systematischen Verhaltenstraining für die künftige Unterrichtstätigkeit geben.

Wechselbeziehungen

Zwischen diesen vier Komponenten bestehen *vielfältige Wechselbeziehungen*, zum Beispiel:

– *»Aus der Zielsetzung der fachlichen Ausbildung für den Lehrer ergibt sich, dass fachdidaktische Lehrveranstaltungen zur Fachausbildung gehören. Fachdidaktik ist im Fach verwurzelt. Sie verbindet das Fach mit der Schulpraxis.«* (Strukturplan S. 225) Zwischen Fachwissenschaft und Fachdidaktik besteht somit eine Wechselbeziehung, die *nicht durch eine beide isolierende Studienorganisation* zerstört werden darf. Das Fortschreiten in der Fachwissenschaft verändert nicht nur die Didaktik, sondern umgekehrt auch die aus der Didaktik mitgebrachten Fragestellungen das Studium des Fachs.

– Das Praktikum bezieht sich nicht nur auf die Didaktik allein, sondern gehört auch zum Studium der Erziehungswissenschaft im allgemeinen – jedenfalls dann, wenn der Lehrer künftig in den Stand gesetzt sein soll, seine eigene Praxis kritisch zu untersuchen und, gleichsam *als Aussenposten, an der erziehungswissenschaftlichen Forschung mitzuarbeiten.* Dazu gehört ein systematisches kritisches Verhaltenstraining, um zu verhindern, dass der Lehrer bei manifesten Konflikten auf starre, der Situation und dem Problem inadäquate Verhaltensmuster rekurriert. Dazu kommt das Training der Innovationsfähigkeit und der Innovationsbereitschaft.

»Innovationen sind zu einem besonderen Aspekt seines Berufs geworden. Der Lehrer hat teil an der Entwicklung neuer Bildungsinhalte und an der Bestimmung von Bildungszielen. Mit dieser Aufgabenstellung wird er zum ersten und wichtigsten Träger fortschreitender Schul- und Bildungsreform.« (Strukturplan S. 220).

Die Frage, welchen Anteil der Fachwissenschaft, der Erziehungs- und Sozialwissenschaft, der Fachdidaktik und dem Praktikum an den verschiedenen Ausbildungsgängen (differenziert evtl. nach Altersstufe und Fächerkombinationen) nun genau zukomme, kann hier nicht beantwortet werden. Die erziehungswissenschaftliche Forschung muss auf dieses Problem hingelenkt werden. Fest stehen dürfte jedoch, dass die Meinung, der Primarlehrer müsse weniger bestimmte Fächer denn »Pädagogik« und »Psychologie« als »sein Fach« beherrschen, während umgekehrt der Mittelschullehrer so gut wie ohne erziehungs- und sozialwissenschaftliche Ausbildung in die Praxis entlassen werden könne, äusserst fragwürdig ist.

»Durch die Vermittlung des richtig ausgewählten Bildungsgutes wird nach Ansicht vieler Gymnasiallehrer gleichzeitig die Erziehungsaufgabe optimal erfüllt. Zwischen Bilden und Erziehen wird oft nicht unterschieden; es wird angenommen, im Bilden sei Erziehen enthalten, die auf wissenschaftlicher Kenntnis beruhende Gestaltung der mit Bilden und Erziehen zusammenhängenden zwischenmenschlichen Beziehung tritt in der Haltung der Gymnasiallehrer zugunsten einer überwiegend intuitiven (folglich irrationalistischen) ‚Bewältigung' zurück. Dies steht wiederum im Zusammenhang mit der Neigung zu traditionellem, autoritärem Formen im Unterricht.« (»Der Beruf des Gymnasiallehrers« S. 184).

Integration im Stadium des Beginns

Die Integration der vier Komponenten ist zwar auf bestimmte materielle Voraussetzungen, besonders was die zeitliche Disposition und die institutionelle Organisation für das Studium angeht, angewiesen, im übrigen aber, wie das interdisziplinäre Studium in vielen anderen Bereichen auch, eine Sache der geistigen Anstrengung und der Kooperation der Dozenten und Studenten in gemeinsamer Lehrplanung:

– Die erziehungswissenschaftlichen Veranstaltungen müssen von der pädagogischen Anthropologie, der Gesellschaftstheorie und der Entwicklungspsychologie aus auf die bildungstheoretischen, soziokulturellen und lernpsychologischen Bedingungen des Lernens als die allgemeinen Voraussetzungen des Unterrichtens zugespitzt sein, die in den einzelnen Fachdidaktiken exemplifiziert und korrigiert werden müssen.

– Zur Diskussion zum Beispiel angemessener Unterrichtsformen, Leistungsmessungen, Methoden der Lernzielanalysen usw. müssen erziehungswissenschaftliche und fachdidaktische Veranstaltungen zumindest als Teile eines *übergreifenden Curriculums* aufeinander bezogen, besser aber noch in *projektbezogene Arbeitsgruppen* miteinander verschmolzen werden.

– Die gleichen Probleme und Aufgaben ergeben sich für die Integration von Fachdidaktik und fachwissenschaftlichem Studium: dessen Inhalte müssten jederzeit auch zum Gegenstand des fachdidaktischen Studiums gemacht werden können, und umgekehrt müssen die wissenschaftstheoretischen und didaktischen Fragen in die Behandlung der speziellen Fachprobleme einbezogen werden.

Ein mögliches zeitliches Modell

Was die zeitliche Disposition der Komponenten betrifft, so kann – unter den Postulaten Integration und optimaler Theorie-Praxis-Bezug – von folgendem vorläufige noch recht abstrakten Modell ausgegangen werden:

– Am Anfang des Stadiums eines zukünftigen Lehrers findet eine Konfrontation mit der Praxis, mit den Funktionen, Problembewusstsein und Motivationen zu wecken, statt. Zugleich bietet es die erste Erfahrung der Integration von fachwissenschaftlichen, erziehungswissenschaftlichen und didaktischen Fragestellungen und Gesichtspunkten in der Unterrichtssituation.

– In der mittleren Phase des Studiums bieten mehrfach kleinere Praktika Gelegenheit zu Beobachtungen und Experimenten, schwerpunktmässig jedoch werden intensive und spezialisierte Fachstudien und erziehungswissenschaftliche Studien betrieben.

– Am Schluss steht abermals eine Verknotung der einzelnen Stränge des Studiums in einem Praktikum, das in eine Periode des Verhaltenstrainings mündet.

Zudem muss eine Lösung gefunden werden, die dem Gesichtspunkt der Mobilität Rechnung trägt: der angehende Lehrer muss in den fachwissenschaftlichen und zum Teil auch in den fachdidaktischen Arbeitsabschnitten mit den Nicht-Lehrern zusammengeführt und somit sowohl der Uebergang vom Studium des Lehrers zu anderen Studien wie umgekehrt von anderen zum Studium des Lehrers ohne allzu grosse Friktionen ermöglicht werden (siehe dazu auch: »Organisatorische Strukturen der Lehrerbildung in Bremen«).

Fort- und Weiterbildung

»Die Auffassung hat sich Bahn gebrochen, dass eine berufsbegleitende Fortbildung der Lehrkräfte als integrierender Bestandteil der Ausübung des Lehramts anzusehen ist.« (Botschaft p. 15) Eine einmalige Berufsausbildung ist heute nicht mehr ausreichend, um ein Leben lang in einer sich rapid wandelnden Umwelt zu bestehen (permanente Entwertung der Qualifikationen usw.). *Gerade für den Lehrer ist heute Weiter- und Fortbildung in besonderem Mass notwendig:*

– um die Verzögerung zwischen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklungen einerseits und ihre schulische Umsetzung andererseits (Unterrichtsstoff, Methoden) möglichst klein zu halten,

– da – gerade beim leider oft isoliert arbeitenden Lehrer – die Gefahr besteht, dass sich bestimmte Attitüden und einmal angewandte Methoden allzu stark verfestigen (Ausbildung eines Habitus) und damit die Flexibilität und die Innovationsbereitschaft des Lehrers gemindert wird (Verzögerung von Reformen!).

Die hier notwendig werdende dauernde *Qualifikationssicherung* – längerfristig zu verbinden mit einer *Qualifikationsverbesserung* — kann kaum mehr auf die heute gängige Art (kurze Fortbildungskurse ausser oder während der Schulzeit) geleistet werden (siehe dazu die empirische Bestandesaufnahme von Lothar Kaiser *»Die Fortbildung der Volksschullehrer in der Schweiz«*). Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, dass einerseits jeder Lehrer nach ungefähr fünf Jahren Praxis für etwa ein Semester an die Universität zurückkehren kann (bezahlter Bildungsurlaub), andererseits jederzeit in Form von Intensivkursen, von Kontaktstudien (evtl. unter teilweiser Befreiung von den Unterrichtsverpflichtungen) die Möglichkeit erhält, sich weiter- und forzubilden.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass

– die Verbesserung der Primärausbildung,

– der grosszügige Ausbau der Weiter- und Fortbildungsmöglichkeiten

– das oft »negative« Image des Lehrerberufs (Lehrer als Ausweichberuf; Beruf ohne Mobilität etc.) zu verbessern und damit evtl. auch dem grassierenden Lehrermangel Abhilfe zu verschaffen vermöchte.

Zusammenfassung

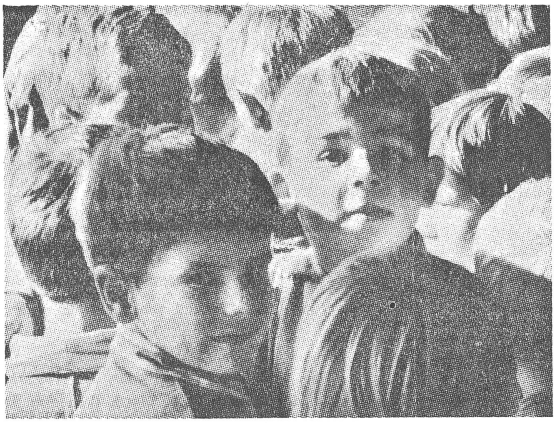
Zusammenfassend ist festzustellen: Das hier kurz skizzierte Konzept einer »integrierten Lehrerbildung« scheint uns eine befriedigende Qualifizierung der professionellen Erzieher, eine ausreichende Vorbereitung auf die heute im Bildungssektor auf der Ebene des Lehrers zu bewältigenden Aufgaben zu gewährleisten, konkret die Vermittlung folgender Fähigkeiten:

– fachwissenschaftliche und fachdidaktische Kompetenz,

– breite erziehungs- und sozialwissenschaftliche Grundkenntnisse (Lehrer als Aussenposten der erziehungswissenschaftlichen Forschung),

– Innovationsfähigkeit und Innovationsbereitschaft. (»Innovationen sind zu einem besonderen Aspekt seines Berufes geworden. Der Lehrer hat teil an der Entwicklung neuer Bildungsinhalte und an der Bestimmung von Bildungszielen. Mit dieser Aufgabenstellung wird er zum ersten und wichtigsten Träger fortschreitender Schul- und Bildungsreform«, (Strukturplan p. 220).

Rolf Nef



Reform der Lehrerbildung: Eine der wichtigsten Voraussetzungen für jede Bildungsreform.

Literatur

Heinrich Tuggener, Lehrerstand – Lehrermangel, Zürich 1967

Karl Frey et al., Die Lehrerbildung in der Schweiz, Basel 1969

–, Der Ausbildungsgang der Lehrer, Basel 1969

Kurt Lüscher, Der Beruf des Gymnasiallehrers, Bern 1965

Lothar Kaiser, Die Fortbildung der Volksschullehrer in der Schweiz, Basel 1970

OECD, Etude sur les Enseignants: Suisse/Yugoslavie, Paris 1968

Deutscher Bildungsrat, Strukturplan für das Bildungswesen, Bonn 1970

Bernhard Hanssler (Hrsg.), Materialien und Dokumente zur Lehrerbildung, Gutachten und Studien der Bildungskommission Bd. 17, Stuttgart 1971

Klaus Döring, Lehrerverhalten und Lehrerberuf, Basel 1970

Klaus Mollenhauer, Die Rollenproblematik des Lehrerberufs und die Bildung, in: Erziehung und Emanzipation, München 1970

Janpeter Kob, Die Rollenproblematik des Lehrerberufs, in: Sonderheft der KZfSS, Köln 1970

Deutsche Bundesassistentenkonferenz, Integrierte Lehrerausbildung, Bonn 1970

Organisatorische Strukturen der Lehrerausbildung in Bremen, in: betrifft: erziehung 9/71

Roland Reichwein/Hartmut Frech, Lehrerbildung: Verführung zur Anpassung oder Befähigung zur Innovation?, in: betrifft: erziehung 12/71

Wolfgang Lempert, Gestaltung des Studiums der Berufspädagogen an der Uni Bremen, in: betrifft: erziehung 2/72

Egon Becker, Modelle ‚integrierter Lehrerausbildung': z. B. Frankfurt, in: Studentische Politik 2/71

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die neuen Bildungs- und Forschungsartikel der Bundesverfassung, Bern 1972

Joachim Hirsch/Claudia Braunmühl, Ueberlegungen zum sozialwissenschaftlichen Grundstudium, Manuskript Frankfurt am Main

Luzerner Studienkommission, Hochschulplanung Luzern, Luzern 1969

Spots

Zitate

Aus: »Freiheitliche Ordnung. Gedanken zur Bildungspolitik im liberalen Staat« von Fritz Müller, Seminardirektor, Thun. (»Schweizer Spiegel«, März 1972)

Ich bin kein Gegner der Kochschule.

★

Die mannhafte und tapfere Einschränkung der Staatsbefugnisse ist meiner Ansicht nach das wichtigste Anliegen einer liberalen Politik.

★

(Kinderkrippen) sind notwendig, weil die Mütter berufstätig sind. Und weil es sie gibt, werden immer mehr Mütter kleiner Kinder berufstätig.

★

(Es ist) üblich geworden, mit der hohlen Hand selbstbewusst auf den Tisch zu schlagen. *Versuchen Sie's mal.*

★

Der Marxist (*welcher?*) wünscht Ausebnung, der Liberale hält sich an das Motto: Jedem das Seine, aber nicht jedem das gleiche. *Der Unterprivilegierte kann seine Tochter nicht ins Privatinstitut schicken; sie wird dafür eine gute Verkäuferin: Jedem das Seine. . .*

★

Die Kultur beginnt sowenig beim Faust wie der Mensch beim Leutnant.

Th. G. R.

»impuls«

Herausgegeben von der Redaktion des »zürcher student«, in Zusammenarbeit mit dem VSS.

Erscheint achtmal jährlich. Auflage 30 000.

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst.

Zuständig für Werbung und Finanzen: Rolf Nef.

Zuständig für Produktion und Vertrieb: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst.

Die im »impuls« erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet. Jahresabonnement Fr. 6.– auf Postscheckkonto 80–35 598.

Unverlangt zugestellte Rezensionsexemplare werden nicht zurückgesandt.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz; Telephon (01) 47 75 30, Postscheckkonto 80–35 598. Sekretärin: Angela Soom.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telephon (01) 39 30 30.

Inserate: Dr. H. Dütsch, Bahnhofstrasse 37, Postfach 880, 8022 Zürich, Tel. 23 83 83.

Die Neugründung einer Universität: Zwischen Quantität und Qualität

Die Neugründung einer Universität wirft Probleme auf, die unbedingt sorgfältigster Prüfung bedürfen. Probleme zeigen sich auf politischer wie auch auf wirtschaftlicher Ebene, denn eine Neugründung nimmt nicht nur beträchtliche Steuermittel in Anspruch, sondern stellt auch die Weichen für das Bildungssystem der Zukunft sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht. In quantitativer Hinsicht, weil mit einem Entscheid, der heute gefällt wird, ein Präjudiz geschaffen wird, ob in 10–20 Jahren genügend Studienplätze vorhanden sind. Genauso wird aber auch heute entschieden, ob die Universität z. B. von ihrer Struktur her in der Lage sein wird, die gesellschaftlichen und individuellen Ansprüche kommender Generationen zufriedenzustellen. Wir nennen dies den qualitativen Aspekt der Problemstellung. Die mühsam voranschreitende Hochschulreform zeigt wenigstens soviel, dass es sehr schwierig ist, einmal festgefahrene Strukturen zu verändern, vielleicht viel schwieriger als die Zahl der Studienplätze zu erhöhen.

Sind Neugründungen notwendig?

Da zuverlässige Analysen über die Zahl der notwendigen Studienplätze noch fehlen, gehen wir im folgenden vor allem auf die *qualitativen Eigenschaften*, die die Universität von morgen haben soll, ein. Diese eingeschränkte Problemstellung scheint uns um so notwendiger, als der erste Bericht der Kommission Schneider (gemischte Kommission von WR und SHK; »Neugründungen und Ausbau«) fast nur die *quantitativen* und finanzpolitischen Aspekte berührt, was aber niemals genügen kann, um die Frage der allfälligen Neugründung Luzern verantwortlich zu beantworten.

Neugründungen oder Ausbau bestehender Hochschulen? Der VSS sieht hier nicht eine Alternative, denn beim Ausbau bestehender Hochschulen geht es um eine relativ kurzfristige Erhöhung der Kapazität im Rahmen traditioneller Hochschulstrukturen, während sich eine Neugründung sicher nur dann rechtfertigen lässt, wenn dort versucht wird, qualitativ Neues, grundsätzliche Reformen, zu realisieren. Die aktuelle Lage im Hochschulwesen zwingt zu beidem:

– schnelle und flexible Kapazitätserhöhung in den bestehenden Strukturen und

– innovative Reformen, die im Rahmen bestehender Hochschulstrukturen kaum zu verwirklichen wären. Wir halten Neugründungen in dem Masse für sinnvoll, wie sie sich als *Reformuniversitäten* zu begreifen vermögen.

Bildungspolitische Situation

Die Idee einer neuen Universität muss nicht unbedingt diffusem Reformeifer entspringen. Vielmehr hat sie ihre Basis in der wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg. Verschiedene Analysen der gegenwärtigen Situation und die Prognosen der Arbeitsgruppe Kneschaurek weisen übereinstimmend darauf hin, dass die Zahl der notwendigen hochqualifizierten Arbeitskräfte ständig zunimmt. Auch von der andern Seite her gesehen – ausgehend also von der Nachfrage nach Studienplätzen – zeichnet sich dasselbe politische Problem ab: Ist diese Gesellschaft in der Lage, jedem ihrer Mitglieder optimale Bildungschancen einzuräumen, oder hält sie die sozialen Schranken im Bildungswesen nach wie vor aufrecht? Die traditionelle Hochschule geriet also von zwei Seiten unter Beschuss, denn sowohl von fortschrittlich-privatwirtschaftlich wie von kritisch-politisch orientierter Seite sah man ihre zunehmende Unfähigkeit, aktuellen Bedürfnissen gerecht zu werden. Wir können hier nicht die traditionelle Hochschule in extenso analysieren. Nur die wichtigsten Merkmale seien erwähnt:

»... sie setzt eine relativ stabile Berufsstruktur mit festen Berufserwartungen und -rollen voraus und organisiert ihre Ausbildung im Hinblick auf diese meist traditionell legitimierten, beziehungslos gegenüber den gegenwärtigen gesellschaftlichen Widersprüchen fixierten Berufsnormen; durch ihre kooperative Selbstverwaltung und Autonomie wurde sie von gesellschaftlichen Ansprüchen entlastet und errang eine scheinbare Distanz zur Politik, eröffnete damit zugleich Möglichkeiten zur Instrumentalisierung ihrer Arbeit für die verschiedensten gesellschaftlichen Zwecke, meist für solche wirtschaftlicher Verwertung und politischer Herrschaft; ihre Arbeitsprozesse sind hierarchisch, unkooperativ, unkommunikativ, leistungsindividualistisch (Prüfung individueller Leistungen, Habilitation); eine Rückbeziehung dieser Arbeitsprozesse auf die spätere gesellschaftliche Praxis im Beruf findet nicht statt.« (Aus: Die Bremer Universität. Versuch demokratischer Hochschulplanung, Hsg. von der Planungsgruppe der Universität Bremen 1971, p. 40)

Die technokratische Antwort

Die technokratische Antwort auf diese Diagnose ist reaktiv in dem Sinne, als sie die Hochschulausbildung einseitig den neuen Qualifikationsanforderungen des privatwirtschaftlichen Produktionsprozesses anpasst.

»Sie (sc. die technokratische Antwort) beschränkt sich auf die Sicherung der Mobilitätsfähigkeit der Arbeitskräfte, um die Anpassungsfähigkeit an den technischen Strukturwandel reibungsloser zu gestalten. Eine Vorwegnahme künftiger durch die Verwissenschaftlichung der Produktion schöpferischer Arbeitsprozesse in der Arbeitsqualifikation selbst scheidet daher von vornherein aus bzw. wird auf einen kleinen Kreis von Privilegierten beschränkt, während es jedoch gerade um erhöhte Massenqualifikation geht.« (op. cit. p. 66f)

Wenn man sich heute für die Neugründung einer Universität entschliessen sollte, muss man alles daransetzen, ein Konzept zu entwickeln, das sich nicht nur als reaktives versteht, sondern im Gegenteil versucht, jene *innovativen Momente, von denen Wissenschaft und Gesellschaft zunehmend abhängen, optimal freizusetzen.*

Der Kanton Luzern hat sich entschlossen, das Problem der Lehrerbildung in den Vordergrund zu rücken. Die Aktualität des Problems geht unmittelbar aus der wirtschaftlichen Situation hervor: wenn man mehr und besser qualifizierte Arbeitskräfte braucht, muss auch das Studium derjenigen, welche diese Qualifikationen vermitteln – also der Lehrer auf allen Stufen – reformiert werden.

Man erkennt die *politische Brisanz* des Problems, wenn man sich bewusst macht, dass es bei der Reform der Lehrerbildung keinesfalls darum gehen kann, sie den Qualifikationsstandards privatwirtschaftlicher Interessengruppen anzupassen.

Die Initiative des Kantons Luzern auf diesem schwierigen Gebiet ist zu begrüssen, gleichzeitig aber muss man sich fragen, ob die jetzige Konzeption die innovativen und emanzipatorischen Momente, von denen oben gesprochen wurde, wirklich entbindet. Wir bezweifeln dies schon an dieser Stelle und werden weiter unten näher darauf eingehen.

Die Artikel »Probleme der Lehrerbildung« und »Die Neugründung einer Universität« stammen aus der von den VSS-Delegierten in der Hochschulkonferenz verfassten Stellungnahme zum Projekt einer Hochschule Luzern.

Das Problem der Lehrerbildung weist einen Grad von Komplexität auf, dem nur eine äusserst vielschichtige Planungs- und Forschungstrategie gewachsen ist.

Betrachtet man die Diskussion um Neugründungen auf dem bis jetzt kurz skizzierten Hintergrund, so ergeben sich für den VSS zwei grundsätzliche Konsequenzen:

1. Der Planungsprozess neuer Hochschulen muss demokratisch organisiert werden und gesamtschweizerische Interessen berücksichtigen.
2. Die neue Hochschule selbst muss von ihrer Struktur und ihrer inhaltlichen Zielsetzung her so konzipiert werden, dass sie
a) nicht nur reaktiv auf die veränderten Qualifikationsanforderungen der Privatwirtschaft eingeht, sondern auch
b) auf den Ergebnissen der erziehungswissenschaftlichen Forschung aufbaut und diese Forschung selbst zu einem integrierenden Bestandteil ihrer Tätigkeit macht.

Demokratische Planung

Der abstrakte Begriff von Planung konstituiert sich aus den folgenden fünf Momenten (nach H. G. Rolff, Bildungsplanung als rollende Reform, Berlin 1970);

1. *Zukunftsbezogenheit:* Planung heisst nicht einfach Fortschreibung des Bestehenden mit andern Mitteln, sondern enthält die Bestimmung, dass *prinzipiell neuartige Bezugspunkte,* die nicht an bekannte Handlungszusammenhänge anknüpfen, antizipiert werden.

2. *Zweckrationalität:* Planenedes Handeln ist bestrebt, ein optimales Mass an Rationalität zu realisieren, wobei festgehalten werden muss, dass unter den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen, die gekennzeichnet sind durch eine Vielzahl von sich widersprechenden Interessengruppen, immer nur approximativ rationale Lösungen möglich sind.

3. *Kollektivität der Planung:* Planträger, Planentwerfer, Planadressaten, Planausführer sowie diejenigen, für welche geplant wird, müssen in einem permanenten Informationsaustausch stehen, damit Transparenz und demokratische Entscheidungsprozesse überhaupt in Sichtweite gelangen können.

4. *Wechselwirkung von Planung, Entscheidung und Realisation:* Eine abstrakte Trennung von Planenden und Ausführenden (*im* Planungsprozess) ist abzulehnen, weil nur im Kontext sozialer Praxis und permanenter Rückkoppelung jene Lösungen gefunden werden können, die der Realisierbarkeit nicht grundsätzlich entbehren oder – was sehr viel häufiger ist – die Pläne autoritär von oben nach unten durchgesetzt werden.

5. *Wechselwirkung von Planung und politischer Oeffentlichkeit:* Sie verweist die Beteiligten auf bestimmte Modi sozialer Integration und Kommunikation. Die Interessenkonflikte der verschiedenen Gruppen müssen in einem institutionalisierten System rational diskutiert und demokratisch entschieden werden.

Unabdingbare Forderungen

Die Erfahrungen mit der Planung von Hochschulen sind noch relativ gering, dennoch lassen sich aus dem abstrakten Begriff der Planung einige unabdingbare pragmatische Forderungen aufstellen:

1. *Transparenz der Planungsgremien:* Sie ist dadurch zu erreichen, dass diese Gremien nicht nur periodisch informieren über ihre Tätigkeit, sondern *grundsätzlich öffentlich tagen.*

2. *Arbeitsweise:* Die Planung einer Hochschule ist verbunden mit Entscheiden von erheblicher gesellschaftspolitischer Tragweite. Es ist deshalb unbedingt nötig, dass diese Gremien ihre Arbeit *wissenschaftlich fundieren.* In der Luzerner Planungskonzeption dominieren die Vertreter der Finanzpolitik eindeutig die der Wissenschaft, was für eine Hochschulplanung mehr als nur ein schlechtes Omen ist. Die traditionelle Planung, wie sie vom Kanton Luzern entworfen wurde, ist immer in Gefahr, permanent sogenannte Sachzwänge zu produzieren, solange sie die vielfältige Verflechtungsstruktur der einzelnen Teile des Systems Hochschule mit ausserhalb liegenden gesellschaftlichen Phänomenen ignoriert. Die Vieldimensionalität des Systems Hochschule erfordert die Besetzung der Planungsgremien mit Vertretern verschiedenster Gruppen, vor allem aber mit einer Zahl von Wissenschaftern und Planungsexperten, wie es die sachliche Problematik verlangt.

3. *Tunnelplanung oder Planung im Tagbau?* Der traditionelle Planungsprozess – und die Luzerner Dokumentation zeigt dies deutlich – verläuft wie der Bau eines Tunnels: eine mehr oder weniger kleine Zahl von Planern vertieft sich immer stärker in die zu lösenden Probleme, ohne dass Aussenstehende auch nur andeutungsweise vernehmen, wie die Planziele erarbeitet wurden. Von der Arbeit, ihren Grundlagen und ihren Methoden, sieht man nichts. In einem bestimmten Zeitpunkt wird man einfach mit den Resultaten konfrontiert.

Das bedeutet, dass die verantwortlichen Gremien ihre Intentionen permanent einer kritischen Oeffentlichkeit und den interessierten Fachkreisen unterbreiten, damit diese dazu Stellung nehmen können. So wird ein ständiger »feed-back« zwischen Planenden, Geplantem und direkt oder indirekt Interessierten gewährleistet. Die Alternativplanung setzt allerdings voraus, dass die verantwortlichen Planer ihre Konzepte und ihre Unterlagen früh genug publizieren. So früh, dass im Prozess öffentlicher Diskussion Aenderungen noch möglich sind: wir möchten diese Planung, im Unterschied zur Tunnelplanung, »Planung im Tagbau« nennen. Planung im Tagbau bedeutet also prinzipielle Transparenz und Flexibilität, verbunden mit einer Arbeitsweise, die wissenschaftlichen Standards zu genügen vermag.

Quantitative Aspekte

Die Diskussion in der Dezembersitzung der SHK hat ergeben, dass zuverlässige Nachfragezahlen für Studienplätze im Zeitraum von 1975 bis 1990 fehlen;

dass die statistischen Unterlagen, die für solche Prognosen relevant sind, unvollständig sind;

dass die durchgeführten Prognosen (Kneschaurek, Jermann u. a.) verbunden sind mit Spekulationen und Entscheiden von grösster politischer Bedeutung;

dass die Zahlen der Kantone fast nur taktischen Wert haben, d. h. dass mit diesen Minimalzahlen wahrscheinlich der Bund unter Druck gesetzt werden soll;

dass aber allerseits unbestritten ist, dass *schon 1975* ein beträchtliches Manko an Studienplätzen bestehen wird. Dieses Manko wird bestehen unabhängig von den Anstrengungen für Neugründungen, die bis dahin noch unternommen werden;

dass es u. a. dem VSS nicht darum geht, den Status quo einfach in die Zukunft hinein zu verlängern, sondern die sozialen Schranken im Bidlungswesen zu beseitigen, d. h. viel mehr jungen Menschen als bisher die Möglichkeit zu verschaffen, einen Hochschullehrgang zu absolvieren.

Realistische Ausbauzahlen gesucht

Aufgrund dieser Situation wurde die Kommission Schneider im Dezember beauftragt, bei den Kantonen *realistische Ausbauzahlen* zu beschaffen. Selbstverständlich konnte niemand erwarten, dass die Kommission in dieser kurzen Zeit eine wissenschaftlich und politisch vertretbare Bildungsprognose würde erarbeiten können. Dazu wären Forschungsprojekte nötig, die viel mehr Zeit in Anspruch nehmen. Was man hingegen mit einigem Recht erwarten dürfte, waren Zahlen von den kantonalen Erziehungsdepartementen, die nicht einfach jeder realistischen Basis entbehren. Die Kantone sind bereit, mehr Studienplätze zur Verfügung zu stellen. Allerdings ist diese frappante Ausbaufreudigkeit der Kantone an die Bedingung geknüpft, dass der Bund 100% der Kosten übernimmt. Mit dieser Bedingung werden die neuen Zahlen reduziert auf ein mehr oder weniger phantasiereiches Zahlenspiel, denn die politischen und institutionellen Voraussetzungen, ganz zu schweigen von den finanziellen, für eine 100%ige Beteiligung des Bundes am Ausbau der Hochschulen, sind heute nicht gegeben. Man muss sich ernsthaft fragen, was denn der Sinn eines solchen Zahlenspiels sein könnte. Der VSS misst der Frage, ob genügend Studienplätze bereitstehen werden, zuviel politische Bedeutung zu, als dass er ein solches Spiel mit Zahlen billigen könnte.

Probleme der Kapazität

Das Problem der Kapazitäten an den schweizerischen Hochschulen steht, wie die Bedingung der Kantone zeigt, in engem Zusammenhang mit der Revision des Hochschulförderungsgesetzes und der Ausbildungsartikel in der Bundesverfassung. Das Verhältnis von Bund und Kantonen in bezug auf die Finanzierung der Hochschulen muss neu überdacht werden. Nach unserer Meinung kann es für die SHK im Moment, d. h. solange nicht wissenschaftlich haltbare und politisch durchsetzbare Prognosen existieren, nur darum gehen, auf zwei Ebenen mit aller Energie zu arbeiten:

– *Kurzfristig* ist durch grosszügigen Ausbau bestehender Hochschulen die Kapazität zu erhöhen, damit der Engpass, der aller Voraussicht nach schon 1975 gravierende Formen annehmen wird, bewältigt werden kann. Daneben müssen die Bedingungen für ein Bundesgesetz für das höhere Bildungswesen, als Ersatz für das alte HFG, geprüft werden.

– *Langfristig* ist zu überlegen, in welchem Ausmass Neugründungen nötig sind, denn die ganze Problematik der Neugründungen und ihrer Kapazitäten ist für die sofort zu lösenden Schwierigkeiten nicht relevant, solange nicht Möglichkeiten der rascheren Planung und Realisierung neuer Hochschulen – wie sie im Ausland üblich sind – in Betracht gezogen werden.

Fehlende Gesamtkonzeption

Es zeigt sich sogleich ein weiterer Mangel: Die Nachfrage nach Studienplätzen hängt von der Maturandenzahl ab. D. h. nur im Rahmen einer *Gesamtkonzeption des Bildungswesens* sind selbst kurzfristige Prognosen überhaupt sinnvoll durchzuführen. Die Gesamtkonzeption des Bildungswesens soll endlich die politischen Grundsatzentscheide fällen, aufgrund deren erst geplant werden kann. Der Zustrom zu den Universitäten ist nicht ein naturwüchsiger Prozess, sondern wird entscheidend gesteuert durch das je herrschende Bildungssystem, d. h. durch die Qualität und die soziale Durchlässigkeit der der Hochschule vorangehenden Bildungsstufen.

Der Ausbau des Bildungswesens wird immer mehr finanzielle Mittel in Anspruch nehmen. Diese Mittel sind nur zu beschaffen, wenn der Oeffentlichkeit bewusst gemacht werden kann – im Rahmen einer Gesamtkonzeption des Bildungswesens –, welche Bedeutung der Bildung in der heutigen Gesellschaft zukommt und welche Bildungschancen den Mitgliedern dieser Gesellschaft zugestanden werden.

Nur so ist ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass mehr Steuermittel für den Ausbau des Bildungswesens aufgebracht werden müssen. Hier wird sich bald erweisen, dass es ein sachlicher und politischer Fehler war, dem Bund in der Verfassung nicht die *Rahmenkompetenz für das ganze Bildungswesen* zu übertragen. Denn es lässt sich z. B. schlechthin nichts aussagen über zu erwartende Maturandenzahlen, wenn man nicht weiss, was auf den unteren Schulstufen passiert bzw. in welchem Mass dort schon eine soziale Se-

Literatur

H. G. Rolff, »Bildungsplanung als rollende Reform«, Berlin 1970

H. Freyer, »Herrschaft und Planung, zwei Grundbegriffe der politischen Ethik«, Hamburg 1933

H. C. Rieger, »Begriff und Logik der Planung«, Wiesbaden 1967

F. H. Tendbruck, »Zu einer Theorie der Planung«, in »Wissenschaft und Praxis«, Festschrift zum 20jährigen Bestehen des Westdeutschen Verlages, Köln/Opladen 1967

W. Abendroth, »Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie«, Berlin/Neuwied 1967

F. Edding, »Bildungsforschung als Grundlage der Bildungsplanung«, in: »Bildungsplanung und Bildungsökonomie«, Schriften des Hochschulverbandes, Bd. 16, Göttingen 1964

J. Habermas, »Zur Logik der Sozialwissenschaften«, Tübingen 1967

J. H. Kaiser, »Planung«, Baden-Baden 1965

Unesco, »Perspektiven der Bildungsplanung«, Hrsg. von H. v. Recum, Frankfurt 1967

V. Ronge/Günter Schmieg, »Politische Planung in Theorie und Praxis«, München 1971

V. Ronge/Günter Schmieg, »Planung und Demokratie«, in »Futurum«, 1970, 216 ff

K. Lompe, »Gesellschaftspolitik und Planung«, Freiburg 1971

K. Lompe, »Wissenschaftliche Beratung der Politik«, Göttingen 1966

Telefonieren. Einzahlen. Versichert. Unsere kombinierte **Ferien- und Reiseversicherung** hat Platz in jedem Budget und kann sehr sehr nützlich sein.

ZÜRICH VERSICHERUNGEN

lektion und Diskriminierung stattfindet. Jede isolierte Bearbeitung von Hochschulkapazitätszahlen geht an der sachlich gegebenen Verknüpfung der verschiedenen Bildungsstufen vorbei und ist mithin zum Scheitern verurteilt.

Abschliessend möchten wir festhalten, dass das jetzige Verfahren, über Neugründungen zu entscheiden, der Komplexität der Sache, die zur Beurteilung ansteht, in keiner Weise gerecht wird. Die Frage, ob genügend Studienplätze zur Verfügung stehen oder nicht, darf nicht einfach mit den Kriterien kantonalpolitischer Opportunität behandelt werden.

Die schon 1975 fehlenden Studienplätze sind nicht mit einer Neugründung zu kompensieren, sondern nur mit einem *raschen und grosszügigen Ausbau der bestehenden Hochschulen,* wobei die juristischen und institutionellen Voraussetzungen für einen solchen Ausbau erst noch geklärt werden müssen (Totalrevision HFG). Zu fordern ist *deshalb ein energisches Vorantreiben dieser Totalrevision und die Initiierung von Forschungsvorhaben in der Bildungswissenschaft die die relevanten Grundlagen für die politischen Entscheide über allfällige Neugründungen beschafft.*

Rudolf Walther

Von der Komplexität der Welt und des Wissens

Der »zs«-Essay

In dieser Kolumne schreiben Menschen zu Problemen, die abseits vom »Aktuellen« liegen. Der Essayist liebt, was am Wegrand liegt. Der Leser ist Entdecker.

Da singt in einer zürcherischen Zeitung ein Seldwyla-Bankier das Loblied auf einen Seldwyla-Prädikanten, beide vehemente Vertreter von »Ruhe und Ordnung«. In der gleichen Nummer der Zeitung wird das Fazit der Reise Nixons nach Peking gezogen und von der Schwenkung Japans in der Chinafrage berichtet; es wird positiv die bekannte Sinologin Han Suyjn zitiert, die, wie sie sich selber bezeichnet, »katholische Kommunistin« ist. – Zwei Welten, lokal und global, unwichtig und wichtig, klein und gross, gestern und morgen, beide Teil des Heute als Ganzes. Es ist die Komplexität der Welt.

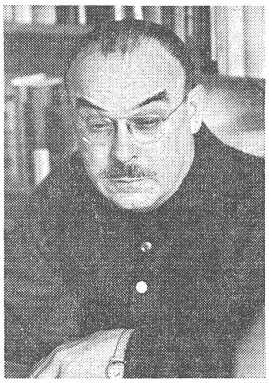
Zudem erfahren wir alles gleichzeitig, und es gilt zu ordnen, ansonst sich die Welt chaotisch darbieten würde. Aber zum Ordnen gehört ein Wertmassstab, ein bestimmtes Kriterium, um zu wissen, was gross und klein ist, was von gestern ist oder von morgen. Mit andern Worten: Voraussetzung dazu ist eine grundsätzliche Sicht der Geschichte, eine Geschichtsphilosophie. Nicht, dass zur Seldwyla-Sicht unbedingt eine Geschichtsphilosophie notwendig ist, denn Seldwyla ist meist nur pragmatisches Wissen des Tages, während das jetzige Peking nicht verstanden werden kann ohne ein prinzipielles Wissen um Vergangenheit und Zukunft.

Nun zeigt sich, dass die letzte grosse Geschichtsphilosophie des Bürgertums diejenige Hegels ist; hinzu kommt noch die Geschichtstheologie Teilhard de Chardins, seit Thomas von Aquin die erste umfassende christliche Schau des geschichtlichen Geschehens. Zwischen Hegel und Teilhard findet sich Karl Marx, dessen revolutionäre Lehre alles nur keine Dogmatik ist, sondern ein stetes Werden. Es treffen sich alle drei vor allem in dem einen Punkt: sie gehen weit über das Hergebrachte hinaus und halten die Veränderung der Welt als gegeben.

Was sie zudem noch eint, das ist das immense Wissen um den Menschen und um die Gesellschaft, ihre Kenntnis der Wissenschaft und ihre umfassende Erkenntnis der Welt und deren Geschichte. Alle drei sind gewaltige Polyhistoriker, deren Denken eben nicht nur zahllose zugängliche Fakten voraussetzt, sondern vor allem ein Wertsystem. Sie sind also ausgesprochen keine Positivisten. Alle drei besitzen die grösstmögliche komplexe Bildung ihrer Zeit, alle drei treiben das Wissen weiter, öffnen neue Sichten, bahnen neue Wege. Sie vermochten das zu tun im Wissen um das Vorherige, das sie fassten, um es neu zu formen und zu füllen, zu verändern, zu revolutionieren.

Naturwissenschaft

Was nun die Naturwissenschaft anbetrifft, so vollzieht sich dieses Verändern seit Galilei und Kopernikus, seit Giordano Bruno und Francis Bacon in stets schneller werdendem Tempo; die Gegenwart lässt alle Tempi vorheriger



Konrad Farner: »Wissenschaft ist an die Veränderung gebunden.«

Zeiten weit hinter sich. Der naturwissenschaftliche Forscher ist, was eben die Naturwissenschaft anbetrifft, heute revolutionär. Auch wenn das geschichtliche Weltbild dieser Forscher noch weitgehend einer Klasse verpflichtet ist, die mehr oder weniger für den Status quo eintritt, für »Ruhe und Ordnung«, so ist ihr wissenschaftliches Denken dem Status quo alles nur nicht verpflichtet; ja es ist ausdrücklich festzuhalten: Wissenschaft ist, so sie wirklich Wissenschaft ist und nicht Dogmatismus, stets an die Veränderung gebunden. Ebenfalls besitzt die Naturwissenschaft im umfassenden Sinne nur lose einen Klassencharakter – die Bindung des Forschers existiert allein durch sein Geschichtsbild. Die diesbezügliche immanente Diskrepanz mancher bürgerlicher Forscher ist evident: als Forscher ist er für stete Veränderung in der Wissenschaft, als Bürger ist er gegen Veränderung in der Geschichte. Selbstverständlich gibt es zum Beispiel keine »bürgerliche Medizin«, aber es gibt eine Medizin, die gesamthaft in die bürgerliche Gesellschaft eingebettet ist. So ist der Streit um eine die ganze Gesellschaft umfassende Prophylaxis ein gesellschaftlicher, nicht ein medizinischer Streit, analog der Auseinandersetzung um die Schwangerschaftsunterbrechung oder um die Hierarchie der medizinischen Dozenten.

Gesellschaftswissenschaft

Anders verhält es sich mit den Gesellschaftswissenschaften, die die Bürger als »Geisteswissenschaften« bezeichnen, als ob die Naturwissenschaft abseits des Geistes stünde. Diese sind direkter eingebettet in die jeweilige Klassensituation, obwohl auch hier differenziert werden muss: so sind Sprache und Sprachwissenschaft nur sehr bedingt abhängig vom Klassencharakter (Stalin hat darüber wegweisend geschrieben), während die Bezüge zum Beispiel der Jurisprudenz oder der Geschichtswissenschaft viel enger verbunden sind mit den jeweiligen Klassen: die Jurisprudenz geht von der gegebenen Verfassung und der Gesetzgebung aus, die beide allerdings auch Modifikationen unterworfen sind, denken wir nur an das Strafrecht. Die Geschichtsschreibung hingegen oder die Wirtschaftswissenschaft ist weitgehend von der herrschenden Ideologie bestimmt, und der Satz von Marx: »Die herrschenden Ideen sind die Ideen der herrschenden Klasse«, besitzt seine Gültigkeit. Aber auch hier gibt es stetige Veränderungen, denken wir in der Oekonomie an den Streit um Keynes, in der Geschichtsschreibung an die Auseinandersetzung um die urschweizerische Befreiungstradition.

Dauernde Veränderung der Wissenschaft

Dieses ewige Verändern der Wissenschaft, gleichgültig ob Naturwissenschaft oder Gesellschaftswissenschaft, kann sich nur vollziehen aufgrund des vorherigen Wissens: je mehr exaktes Wissen und Kenntnis der Fakten vorhanden sind, desto besser kann eine richtige Aenderung vollzogen werden. Die fast einmaligen Musterbeispiele bieten das »Kapital« von Marx und Lenins »Empiriokritizismus«. Verändern heisst vor allem Sichten und Ordnen des Bisherigen (was eine Wertvorstellung voraussetzt), heisst weiter analysieren, um dann neue Schlüsse ziehen zu können. Mit andern Worten: Das vorliegende wissenschaftliche Material muss wissentlich angeeignet werden, die These muss vollumfänglich gefasst sein, um eine Antithese zu ermöglichen. Die Negation der These setzt das Wissen um die These voraus mitsamt dem Kriterium des Neuen, ansonst befindet sich die Antithese auf schwachen Füssen.

Aneignen und Weitertreiben!

Das Wesentliche der jetzigen Situation besteht nun darin, sich das sogenannte »bürgerliche« Wissen anzueignen, um es dann aufgrund neuer Kriterien weiterzutreiben. Um einen Satz Maos abzuwandeln: Es gibt zwei verschiedene Einstellungen zum Lernen. Die eine ist dogmatisch, sie besteht darin, unbesehen zu übernehmen, was gelehrt wird. Die andere ist revolutionär, sie besteht darin, zu übernehmen, was gelehrt wird, es jedoch neu zu sichten und weiterzutreiben und möglichst in die Tat umzusetzen. – Und wenn behauptet wird, bürgerliches Wissen sei veraltet und als solches abzulehnen, ist diese Auffassung nichts anderes als undialektischer, scheinrevolutionärer Radikalismus, der sich im geschichtslosen Raum befindet. Sie steht zudem im Gegensatz zur alten marxistischen Grundregel: Ein guter Wissenschafter kann ein besserer Revolutionär sein als ein schlechter Wissenschafter – ein guter Revolutionär kann ein besserer Wissenschafter sein als ein schlechter Revolutionär. Denn die menschliche Geschichte ist ein Kontinuum, auch die Geschichte der Revolution. Die Komplexität der Welt und das Wissen um sie sind nicht nur räumlich, sondern auch zeitlich zusammenhängend.

Konrad Farner

gut informiert in Finanz- und Wirtschaftsfragen

Die Zeitschrift «bulletin» orientiert über wichtige volkswirtschaftliche und bankgeschäftliche Vorfälle, enthält Informationen für den Geldanleger und greift zudem im Magazinteil Themen von allgemeinem Interesse auf. Das bebilderte Bankmagazin erscheint 9mal jährlich in deutscher und französischer, vierteljährlich in englischer und italienischer und 2mal jährlich in spanischer Sprache.

Umfangreiche Abhandlungen gibt unsere Bank in der *Schriftenreihe der Schweizerischen Kreditanstalt* heraus. Über Unternehmen, für deren Titel beim Anlagepublikum ein besonderes Interesse herrscht, arbeitet unser Institut laufend *Gesellschaftsstudien* aus.

Die zur Zeit verfügbaren Bände und Gesellschaftsstudien sowie Neuerscheinungen werden im «bulletin» angezeigt.

Vielleicht möchten auch Sie gut informiert sein? Alle Niederlassungen der Schweizerischen Kreditanstalt nehmen Sie gerne in die Abonnentenliste auf.

SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT
der richtige Partner für Bankinformationen

Abonnement auf die Zeitschrift «bulletin»

Ich bitte um regelmässige Zustellung des «bulletin»

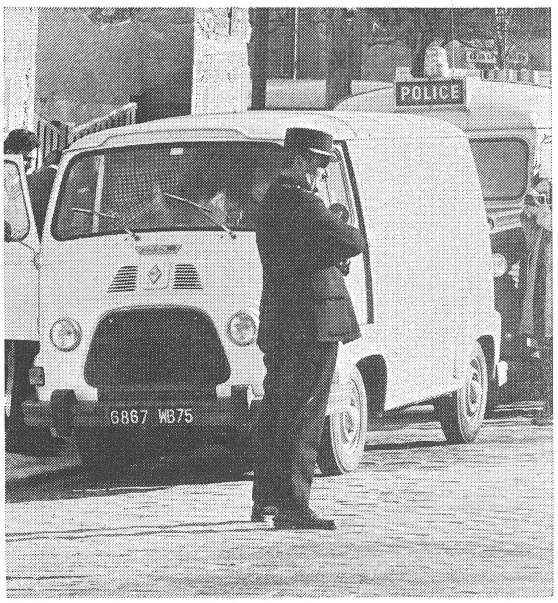
☐ deutsche Ausgabe (9mal jährlich)
☐ französische Ausgabe (9mal jährlich)
☐ englische Ausgabe (4mal jährlich)
☐ italienische Ausgabe (4mal jährlich)
☐ spanische Ausgabe (2mal jährlich)

Name
Vorname
Beruf
Strasse
PLZ/Ort
Datum
Unterschrift

Mai 1968/Mai 1972: Nach der politischen Universität die politische Fabrik

In Sachen Umsturz am Fabriktor

Der Tag der Arbeit hat in der Schweiz die Bedeutung des zusätzlichen arbeitsfreien Tages angenommen. Auch jene Berufsgruppen, die sich mit der sozialistischen Bewegung nicht identifizieren, gedachten 1972 an einem verlängerten Wochenende der Erfolge der Arbeiterbewegung. Der Mai-Umzug ist an vielen Orten abgeschafft, die Mai-Plaketten werden immer weniger getragen. Nicht dass man sich scheute, den Roten – das Wort hört man noch von älteren Freisinnigen – anzugehören, nur ist der Sozialismus zur Selbstverständlichkeit geworden. Ausländerfragen beschäftigen den Arbeiter mehr als der längst erkämpfte 8-Stunden-Arbeitstag. Nicht sozialistische Agitation, sondern nationalistische Parolen gehen heute auf die Schweizer Werktätigen nieder. Der nachfolgende Artikel versucht, einen Eindruck zu geben von der Konfrontation des französischen Arbeiters und der französischen Gewerkschaften mit dem revolutionären Sozialismus der linken Gruppen im Gefolge des Mai 1968, dessen Geist 1972 vor die Fabriken getragen werden soll . . .



Die Regierung will der Revolution zuvorkommen.

Seit Ende Februar sind Leute mit Photoapparaten nicht mehr gern gesehen in Boulogne-Billancourt. Im touristischen Frankreich und besonders im düsteren Billancourt hat man einen sicheren Blick dafür bekommen, was ein devisenbringender Tourist und was ein Schnüffler ist. Der Wächter am Haupttor wird böse, wenn man die Kamera in Augenhöhe hebt. Ein knappes Dutzend Sicherheitspolizisten steht auf der Place Bir-Hakeim. An den Strassenkreuzungen rund um das Renault-Werk ist annähernd eine Hundertschaft postiert. Lässig rauchend, hocken sie in den Bagnards salades, den violetten Polizei-Autocars. Ein Beizer: *»Man hat sich daran gewöhnt; Hauptsache, meine Scheiben bleiben ganz.«*

»Bewaffnete Individuen«

Erinnern wir uns: Am Nachmittag des 26. Februar zieht ein ziviler Wächter von Renault, Jean-Antoine Tramoni (36), die Pistole und erschiesst den 23jährigen Maoisten Jean-Pierre Overney. Knapp zwei Wochen später entführt eine maoistische Gruppe den 63jährigen Renault-Angestellten Robert Nogrette, er wird 48 Stunden später freigelassen.

Die Stimmen zu diesen Ereignissen waren vielfältig und aufschlussreich. Die Kommunistische Partei: *»Diese Provokation, angezettelt von Linkskommandos, ist gegen den wahren Klassenkampf der Arbeiter gerichtet. Die Direktion wünscht ein Klima der Angst und der Gewalt.«* Die CGT-Renault: *»Wir verurteilen die Kollaboration Gauchisten/Direktion. Die faschistischen Handlanger, die sich Maoisten nennen, haben die Arbeiter provoziert.«* Die zweite Arbeitergewerkschaft, die CFDT, verurteilte *»die Existenz von bewaffneten Individuen«*. – *»Auf alle diese Provokationen antworteten die Arbeiter mit Ruhe«*, heisst es lakonisch im Text der Direktion. *»Fängt es wieder an wie im Mai 1968«*, klagte nicht nur ein Sekretär der PCF. Gemessen am Polizeiaufgebot darf man sagen, dass auch die Regierung ähnliche Ueberlegungen anstellte und der Revolution diesmal zuvorkommen will.

So verteilen denn die Linken Flugblätter hinter vorgehaltener Mappe. Helden gibt es keine mehr. 1968 konnte ein Daniel Cohn-Bendit bekannt werden. Heute kommen die Gruppen kaum nach, die Leute an der Flugblattfront zu ersetzen, die an der *»grossen Einsperrung«* teilzunehmen haben. Beamtenbeleidigung, Störung von Ruhe und . . ., die Gründe finden sich.

Seit Mai 1968 sind die Fabriken wichtige Punkte der Agitation geworden. Viele haben damals den Klassenkampf entdeckt; sie demonstrierten jedoch weit weg vom Objekt. Jetzt gilt der Kampf der sozialen und politischen Macht der Mammutkonzerne, den lärmigen Fabriken mit den abstumpfenden Montagebändern und nicht zuletzt den Gewerkschaften, deren Ziel Lohnverbesserungen sind und nicht die Aenderung der Gesellschaftsstruktur.

Fabriken sind Stadtstaaten

Die Abhängigkeit des Arbeiters von seinem Werk umfasst das Spektrum von Eigenheim bis Hungertuch. Peugeot in Sochaux baut nicht nur Fahrzeuge, das Werk ist an Supermärkten, Wohnungen und Dienstleistungsbetrieben beteiligt, und dies in einer Region von Monoindustrie. Diese Betriebe von der Grösse einer mittleren Schweizer Stadt funktionieren denn auch als Stadtstaaten. Bei Demonstrationen in Sochaux-Montbéliard rief die Direktion die Polizei, ohne die Behörden zu informieren. Zwei Tote waren das Resultat dieser privaten Notstandsaktion. Lässiger Kommentar der CGT: *»Machen wir uns nichts vor, Peugeot ist eine politische Macht.«* Das Wort von der politischen Macht nimmt sich in einem CGT-Zitat besonders wundersam aus. Die Gewerkschaften waren nämlich von ihren Partnern eingeladen worden, *»sich auf ökonomische und soziale Probleme zu beschränken«*; sie sind dieser Aufforderung weitgehend gefolgt. Bei den Gewerkschaften ist man gegen alles, was die Struktur angreift. Sie kämpfen für Lohnaufbesserungen, das macht den Arbeiter wieder fit zum Kaufen. Die Gewerkschaften sind das Korrektiv in der Konsumgesellschaft und nicht die Wegbereiter einer andern Gesellschaftsordnung. Das Beispiel des zweifelhaften ökonomischen Engagements wurde bei der Zeitung *»Sud-Ouest«*, Bordeaux, in grotesker Art demonstriert.

Dort streikten 1350 Arbeitnehmer über einen Monat, weil drei aus Rationalisierungsgründen hätten entlassen werden sollen. Als Pierre Overney am 23. Juni 1970 aus politischen Gründen den blauen Brief von Renault erhielt – »Pierrot« hatte am Arbeitsplatz Flugblätter verteilt –, trat niemand in den Ausstand; die Gewerkschaften bedienen sich des gleichen Mittels gegen Politische in ihren Reihen. Pierre Overney gehörte dem *»Kampfkomitee Renault«* an, das in der Woche seiner Ermordung am Haupteingang Flugblätter verteilte, mit denen sie gegen die Entlassung zweier Arbeiter aus politischen Gründen protestierten. – Welcher Gruppe er angehörte, ist an und für sich unwichtig. Ueber ihr Ziel sind sich alle einig, über die Methoden gibt es so viele Meinungen wie Leute. Zudem findet unter den einzelnen Gruppen selbst und gegen die Gewerkschaften (und diese wieder unter sich) ein erbitterter Kampf statt. Beklagte sich ein Vertreter der CFDT: *»Wenn wir Manifs mit der CGT machen, kriegen wir Schläge in den eigenen Reihen.«*

Basisarbeit: Kadersprache in den Flugblättern

So ist denn auch die Arbeit selbst – die Agitation – oft wenig erfolgreich. Altvater der politischen Fabrik ist die Kommunistische Partei mit heute über 5000 Basisgruppen in Frankreich. Ihre Flugblätter bei Renault erscheinen in einer Auflage von 10 000; die kleineren Gruppen haben dem beinahe nichts entgegenzusetzen. Bei den grossen Streuverlusten kann eine Auflage von fünfhundert nie erfolgreich sein. Zudem sind sie in einer Kadersprache gehalten, die erst mit dem Wörterbuch der Politik zu übersetzen ist. Die *»Lutte ouvrière«* behilft sich mit Gratisannoncen. Ihre Ueberlegung: Auch wer nur einen billigen Kleinwagen sucht, wird sich einmal an einem politischen Artikel festlesen. Ein weiteres Plus der Kommunistischen Partei ist der *»Rückkoppelungseffekte«*: Zwischenfälle im Betrieb melden die Arbeiter eher ins Glashaus der PCF, als dass sie ein anonymes Postfach einer unbekannten Gruppe anschreiben, wo keine Sekretärin auch in aufregenden Zeiten die Post sortiert.

Die kleinen politischen Gruppen setzen deshalb Kontaktleute in der Fabrik ein. Diese verteilen die Agitationszeitungen und sammeln Informationen. »Oft genügt es, einmal ein Glas Wein mit einem Typ zu trinken. Wenn er dann Anstände hat, kommt er sicher zu uns«, erklärt mir ein Militant. Der »homme de masse« – wie man die unorganisierten Arbeiter bei den Gewerkschaften abschätzig nennt – scheint einiges Vertrauen in die revolutionären Gruppen zu haben. Diese Basisarbeit wird jedoch immer schwieriger, da man bei Renault aufzupassen beginnt, wen man neu einstellt. Die militanten Anhänger sprechen von Spitzeln in den Arbeiter- und Studentencafés. Man erzählt sich, mancher Kollaborateur habe der Nervenbelastung der andern Ideologie nicht standgehalten und sich verraten. Aber das sind Geschichten.

Gewerkschafter als Stützpunkte

Um Agitation zu treiben, hängen sich die revolutionären Gruppen einer Gewerkschaft an. Dies hat zwei gewichtige Vorteile: einmal sind die Gewerkschaften in den Fabriken etabliert. Sie haben Anschlagbretter, Kopiermaschinen, Versammlungslokale nur einen Steinwurf vom Haupteingang weg; zum andern wird ein Teil der Gewerkschaftsarbeit bezahlt. Die Linksgruppen bilden eine Fraktion innerhalb der Gewerkschaft und versuchen, den Apolitismus der Leitung zu bekämpfen. Schulbeispiel ist eine Fabrik im Norden von Paris, wo eine Lokalgruppe der CFTC dahinsiechte. Diese wurde von einer militanten Gruppe *»übernommen«*, ohne sich grosse Sorgen um die nationale Position dieser Gewerkschaft zu machen. Dies konnte um so leichter geschehen, als die CFTC selbst eine Larve ist, aus der sich 1964 die CFDT entpuppt hatte.

»Politischer Individualismus« . . .

Die Gewerkschaften betreiben einen ausgeprägten (auch historisch zu verstehenden Apolitismus. Pouget, einer der ersten CGT-Sekretäre lehnte die politischen Parteien ab, die nicht *»aus der realen Klassensituation entstanden«* seien. Um die Jahrhundertwende galt diese Theorie als enorm fortschrittlich verglichen mit dem *»politischen Individualismus«* J.-J. Rousseaus. Dieser lehnte jeglichen Corps intermédiaire zwischen dem Einzelnen und dem Staat ab. In jener Zeit galten die Prinzipien, nach denen das Gesetz von Le Chaplier (1791) gestaltet war: Das freie Spiel der Interessen sichert ein Maximum an Freiheit. Die Freiheit, als Freiheit der Arbeit verstanden, glaubte man in einem Verbot all dessen, was das Spiel des Arbeitsmarkts verhindern könnte, gewährleistet. Erst das Gesetz von 1884 gebot dem *»ökonomischen Liberalismus«* Einhalt; zugunsten der immer brennender werdenden Probleme der Arbeiterklasse. Trotz der juristischen Basis hat die Gewerkschaftsbewegung die direkte Aktion der Hilfe von Gesetzen und Staat vorgezogen. Vor 66 Jahren, am 1. Mai 1906, weigerten sich die französischen Arbeiter, mehr als 8 Stunden pro Tag zu arbeiten. Diese Aktion und auch die grossen Streiks von 1917 geschahen im Bewusstsein, dass *»die Gewerkschaft allein den Reichtum der Nation«* repräsentiere, *»weil sie die Produktionskraft des Arbeiters vertritt. Die Arbeiterklasse allein trägt in sich alle wirklichen Elemente.«*

Der beinahe heroisch klingende Apolitismus hat sich in den letzten Jahren, vor allem seit Mai 1968, verschoben. Die Gewerkschaften nehmen immer öfters Stellung zu Wohn-, Transport- und Konsumentenproblemen. Sie rükken damit in die Nähe der politischen Parteien. Der Leitsatz der CGT in den Jahren der Spaltung (1921) scheint auch heute wieder an Bedeutung zu gewinnen. *»Wir wollen überall sein, wo die Interessen des Arbeiters diskutiert werden.«* Ein halbes Jahrhundert nach der Ermordung Rosa Luxemburgs entdeckt man ihren Gedanken, dass der Arbeiter nicht zwei Seelen habe. Die politischen Bedürfnisse sind nicht zu trennen von den sozialen. Einzig die Gewerkschaften sind legitimiert, die soziale Revolution zu vollziehen und den bourgeoisen Parlamentarismus zu kämpfen. Bei der CGT-Renault hinterlässt die Zeit keine Spuren. Niemand will die Polizeimassen sehen. Bittet man um eine Stellungnahme, sind sie erstaunt *»Qu'est-ce que vous voulez? Tout est calme.«*

Thomas G. Rüst

Die französischen Gewerkschaften

Die *Confédération du Travail (CGT)*, gegründet 1892, 1,5 Mio. Mitglieder, ist dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossen.

Die *Confédération Générale du Travail Force Ouvrière (CGT-FO)*, gegründet 1947, 0,6 Mio. Mitglieder, ist dem Internationalen Bund freier Gewerkschaf- angeschlossen.

Die *Confédération Française des Travailleurs Chrétiens (CFTC)*.

Die *Confédération Française Démocratique du Travail (CFDT)* ging 1964 aus der CFTC hervor. Da aber nicht alle Mitglieder mit dem sozialistischeren Kurs einverstanden waren, blieben Gruppen der CFTC weiter bestehen.

Die *Confédération des Cadres (CGC)* ist der Gewerkschaftsbund der leitenden Angestellten.

Die *Confédération Nationale du Travail (CNT)*, der nationale Arbeitgeberbund.

Die *Fédération de l'Education Nationale (FEN)*, der Lehrergewerkschaftsverband.

VSS

Lausanner Modell und Bildungsartikel

In Zürich fand am 21. April die 26. Delegiertenversammlung des VSS statt. Diskutiert wurden Probleme der Ausbildungsfinanzierung, die Revision der Bildungsartikel der BV und Fragen der Information.

Lausanner Modell: vor der Einreichung

Hauptereignis der Versammlung des Delegiertenrats war der Beschluss zur Einreichung der Lausanner-Modell-Initiative. Nachdem die Initiative vor etwas mehr als einem Jahr (Februar 1971) gestartet worden war, konnte die Unterschriftensammlung gegen Ende Jahr abgeschlossen und mit der Beglaubigung der gesammelten rund 62 000 Unterschriften begonnen werden. Der Beglaubigungsverlust beläuft sich auf rund 5000 Unterschriften, was angesichts der eher langen Sammlungsdauer als minim bezeichnet werden kann. *Mit 57 000 beglaubigten Unterschriften liegt ein zwar nicht sehr hohes, aber nach einer genauen Kontrolle zweifelsohne ausreichendes Resultat vor.* Der DR beschloss die Einreichung der Unterschriften auf Anfang Mai.

Um den Fragenkomplex Ausbildungsfinanzierung anlässlich der Einreichung als ganzen durchdiskutieren zu können, um insbesondere abzuklären, wie sich heute die Situation stellt, nachdem die Interkantonale Stipendienbearbeiterkonferenz (IKSK) und die Freisinnige Partei des Kantons Zürich je einen eigenen Vorschlag zur Verbesserung der Stipendien ausgearbeitet haben und nachdem auch von seiten des Bundes in nächster Zeit ein Vorschlag für die Verbesserung des Stipendienwesens zu erwarten ist, wurde die Durchführung einer Arbeitstagung über die Fragen der Ausbildungsfinanzierung beschlossen, an der über das weitere Vorgehen beraten werden soll.

Art. 27 BV: Thesen diskutiert

Zweites Haupttraktandum war die Revision der Bildungsartikel der Bundesverfassung (Art. 27, 27bis und 27quater). Ueber einen vorliegenden Thesenentwurf mit den hauptsächlichen Forderungen an die Neufassung der Artikel – hauptsächlich wurden vorgeschlagen das Recht auf Bildung und Grundsatzkompetenzen für den Bund für das gesamte Bildungswesen – konnte infolge Zeitknappheit keine Einigung erreicht werden, so dass noch ein zweites Seminar beschlossen wurde, an dem Forderungen und Vorgehen in dieser Sache eingehend geprüft werden können. *Eine grössere bereits vorliegende Arbeit, die Materialien zusammenstellt und die Argumentation vorzeichnet, soll jedoch bereits vorher veröffentlicht werden, um die allgemeine Diskussion anzuregen.*

Informationsmisere beheben

Der dritte Schwerpunkt betraf die Informationsfragen. Zur Diskussion stand eine Beteiligung am Projekt des »zürcher students« für eine in der gesamten Deutschschweiz erscheinende Studentenzeitung in der Form einer Risikogarantie für das erste Semester. Nach einigen Diskussionen stimmte der DR dem Vorschlag zu. Ausserdem erteilte der DR dem Vorstand einen Verhandlungsauftrag für eine allfällige Beteiligung an einer von verschiedenen Organisationen geplanten Hochschulzeitschrift für die Schweiz. Um *längerfristig die jetzt vorherrschende Informationsmisere beheben zu können, wurde aber vor allem beschlossen, den ganzen Fragenkreis Information zu prüfen und ein Informationskonzept auszuarbeiten.*

Als neuer Präsident der GPK mit hauptsächlicher Verantwortung für Finanzen wurde Martin Farner, ehemaliger Quästor des Kleinen Studentenrates der Universität Zürich, gewählt.

el

Summer Tours

for **Young Teacher an Students** in **USA, Canada,** and **Mexico as Guests of American Families**

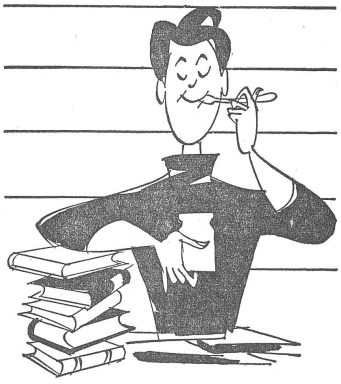
Dauer: 34 Tage

Tour A:	Canada-Tour	DM 1295.—
Tour B:	Florida-Tour	DM 1335.—
Tour C:	Californien-Tour	DM 1775.—
Tour D:	Mexico-Tour	DM 1775.—

Alle Touren schliessen **Hin- und Rückflug,** sämtliche **Uebernachtungen** sowie zum Teil **Verpflegung** ein.

Veranstalter: Association for World Travel Exchange, 38 West, 88th Street, New York, N. Y. 10024, a non profit membership organization sponsoring international educational travel.

Weitere Informationen durch die Beauftragte für Deutschland und die Schweiz: Uta Menzel, 8 München 13, Gartenstrasse 6, Tel. 0811/30 66 20.



Zwischen
zwei Vorlesungen
ein erfrischendes
VZM-Joghurt

Lieferung nur an konz. Firmen

OTTO FISCHER AG

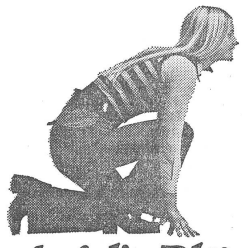
Elektrotechnische Artikel en gros
Zürich 5 Sihlquai 125 Postfach 8023 Zürich ✆ 051/42 33 11

Die neue rotring Idee.

rotring Kassetten-rapidomat. Die komplette Tuschefüller-Ausrüstung mit rotring rapidomat. Der Spezial-Tip für Zeichenprofis, die besser und schneller sein wollen, ohne mehr arbeiten zu müssen.

kaegi ag **Generalvertretung: KAEGI AG, Hermetschloostrasse 77, 8048 Zürich, Tel. 01/62 52 11**

Abonnieren Sie den
»Zürcher Student«



Auf die Plätze...

Denken Sie jetzt nicht an Auto-Parkplätze, die es sowieso kaum mehr gibt. Denken Sie auch nicht an Stehplätze in öffentlichen Verkehrsmitteln. Sondern denken Sie an einen luftigen Sitzplatz, der für Sie allein reserviert ist: der Sattel des Ciao (sag Tschau).

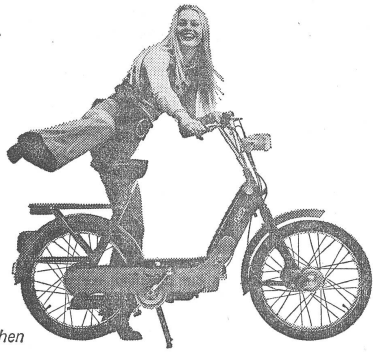
Ciao für alle ab 14 Jahren. Keine Prüfung erforderlich – Velonummer genügt. Mehr als 400 Verkaufs- und Servicestellen in der Schweiz.

Ciao ab **Fr. 595.–**

Das neue Luxus-Modell ist mit einzigartiger, doppelter Sattelabfederung ausgerüstet.

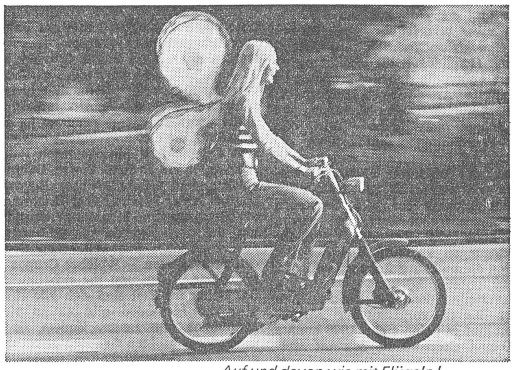
Generalvertretung:
Rollag AG, Löwenstrasse 29
8001 Zürich, Tel. 01/23 97 07

PIAGGIO



fertig...

Das ist Ciao, das meistgekaufte Mofa der Schweiz. Zwei-Rad-Perfektionismus aus dem Vespa-Haus Piaggio. Fertig bis ins letzte Detail: die einmalige Form, die modernen Farben, die zuverlässige Mechanik, das praktische Zubehör.



Tschau! ciao

Auf und davon wie mit Flügeln! Beschwingt durch dichten Verkehr. Überall wird problemlos parkiert. Ja, Ciao-Fahren ist vernünftig und vergnüglich.

Startschuss:

** einsenden an Rollag AG, Löwenstr. 29, 8001 Zürich*

Ausschneiden, auf Postkarte kleben, zum nächsten Briefkasten spurten. Sie erhalten farbige Prospekte, Preisliste und den bunten Ciao-Schmetterling zum Aufkleben.

Name _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____

Notizen zu einem aktuellen Problem:

Wie kann sich die Planung über die Demokratie hinwegsetzen?

Zum Thema »Oeffentlichkeit der Planung in der Demokratie« veranstaltete die »Schweizerische Vereinigung für Zukunftsforschung« vor kurzem in Rüschlikon eine Arbeitstagung, der Vertreter der Behörden, Politiker, Fachleute und Interessierte beiwohnten. Christian Thomas und Walter Hunziker besuchten die Veranstaltung und nehmen sie zum Anlass, um von ihrem Standpunkt aus die grundlegende Problematik einer Demokratisierung des Planungsprozesses aufzuzeigen. Die Redaktion

Widerspruch Plan – Demokratie

»Der Plan ist seinem Wesen nach etwas Diktatorisches«, verkündete der Zürcher Volkswirtschaftsdirektor Prof. Hans Künzi (fdp.) in seinem Referat zur *»Oeffentlichkeit der Planung in der Demokratie«*. Der Plan wolle sich durchsetzen. Stehe der Plan somit nicht im Widerspruch zur *»Idee der Demokratie«*? Damit riss der Zürcher Regierungsrat ein Problem an, das an der Rüschliker Tagung eingehend hätte behandelt werden sollen. Statt dessen begnügte man sich mit dem Vorhandensein einer *»gesunden Spannung«* zwischen Demokratie und Planung. Weiter gab Prof. Künzi zu bedenken: *»Wenn der Politiker einen Plan hat, so will er ihn durchsetzen, wenn nötig mit Gewalt!«*

Summe von Egoismen oder allgemeines Wohl?

Eine eingehendere Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zwischen Demokratie und Plan scheint uns aber notwendig, wenn man bedenkt, dass das Wort »Plan« in unserem liberalen Staat noch bis vor kurzem ein Schreckgespenst war. Die Suche nach Antworten auf diese Fragen muss von klaren Vorstellungen des Begriffs der Demokratie ausgehen. Dieser Begriff wird nur allzuoft strapaziert, d. h. dahingehend interpretiert, wie es jeder persönlich gern haben wollte. *Ein* Aspekt des Demokratieverständnisses ist für die Planung besonders wichtig: Es ist dies die Frage der *öffentlichen Interessen*. Wer artikuliert sie und setzt sie durch? Im Extremfall zeichnen sich zwei gegensätzliche Auffassungen ab:

1. Die Summe aller individuellen Interessen, Bedürfnisse, Wünsche, Neigungen und Ansichten wird regelmässig ermittelt und optimiert. Diese Optimierung, also die *Summe der Individualinteressen*, wird als *»Interesse der Gemeinschaft«* definiert und ist zugleich *repräsentativ* für die Oeffentlichkeit.

2. Es wird regelmässig untersucht, welche Massnahmen zu treffen sind, um *allen Individuen* in der Gemeinschaft optimale Lebensbedingungen zu ermöglichen. Ausschlaggebend für die Oeffentlichkeit sind in diesem Fall nicht mehr die Individualinteressen, sondern *Leitbilder, die die Gemeinschaft formuliert.*

In jeder der beiden Auffassungen kommt dem Begriff der Planung eine andere Bedeutung zu:

1. Die Planung hat den Sinn, die juristischen, steuertechnischen, finanziellen, raumplanerischen, baulichen usw. Massnahmen so gegeneinander abzuwägen, dass die Vorteile, die dem *Individuum* daraus erwachsen können, *maximal* sind.

2. Die Planung hat zur Aufgabe, die juristischen, steuertechnischen, finanziellen, raumplanerischen, baulichen Massnahmen so gegeneinander abzuwägen, dass *allen* Individuen in der *Gemeinschaft optimale* Lebensbedingungen gewährt werden.

Im ersten Augenblick mag diese Unterscheidung spitzfindig erscheinen. Sie ist aber mehr als berechtigt, wenn man bedenkt, dass oft stillschweigend angenommen wird, eine *gemeinschaftsorientierte Planung* könne auf einem *individualistischen Demokratieverständnis* aufbauen und man könne somit schmerzlos die Vorteile beider Auffassungen von Planung vereinen.

Die Beispiele Horw und Basel

Die Problematik lässt sich am Beispiel des Zonenplans der Gemeinde Horw am Vierwaldstättersee veranschaulichen:

Wichtige Teile des Ufers und die aussichtsreichen Hügelgebiete wurden als Landhauszonen eingezont. Das liegt im individuellen Interesse jedes Stimmbürgers (lies Steuerzahlers) von Horw, selbst wenn er nicht Besitzer von Land in diesem Gebiet ist. Wenn Horw sich nämlich zum Villenviertel von Luzern entwickeln kann (wie das der »Goldküste« in bezug auf Zürich gelungen ist), können die Steuern auf Jahrhunderte hinaus niedrig gehalten werden. Deshalb hatte bei der gegebenen Form der Demokratie (1. Fall) überhaupt nur ein derartiger Zonenplan Aussicht auf Annahme beim Steuerzahler. Andererseits widerspricht eine derartige Planung in flagranter Weise den Leitbildern der regionalen Gemeinschaft, da die Seeufer durch eine Bebauung, die nur wenigen zugute kommt, als Erholungsraum verlorengehen.

Ein weiteres interessantes Beispiel in diesem Zusammenhang stammt aus Basel. Als planerische Massnahme im Interesse der lokalen und regionalen Gemeinschaft wurde die Innenstadt für den Privatverkehr gesperrt. Dies war aber nur unter Umgehung der demokratischen Form der Abstimmung (1. Fall) möglich, da sonst die am Privatverkehr interessierten Kreise alles unternommen hätten, um die Vorlage zu Fall zu bringen oder auf lange Sicht zu verzögern. (Aus diesem Grund steht der Zürcher Limmatquai noch dem Privatverkehr zur Verfügung.)

Diese beiden Beispiele sollen uns helfen, die Forderung nach Mitbestimmung der Oeffentlichkeit in Planungsprozessen zu differenzieren. Mit der blossen Erweiterung der Abstimmungsdemokratie auf Planungsmassnahmen ist das eigentliche Problem nicht gelöst. Heute ist es so, dass fast alle Massnahmen, die die individuellen Rechte zugunsten einer Gemeinschaft einschränken, entweder auf quasi diktatorischem Weg, durch die Exekutive, eingeführt werden müssen, oder aber die althergebrachten Begriffe wie Eigentum an Grund und Boden durch neue Gesetze »unterwandert« werden müssen, wie das von kompetenter Seite an der Tagung genannt wurde. Als Beispiel einer solchen »Unterwanderung« sei das Zürcher Gewässerschutzgesetz erwähnt, mit dem de facto zum ersten Mal in der Schweiz Bauland von Nicht-Bauland unterschieden wurde, indem ausserhalb des durch Kanalisationen erschlossenen Gebietes das Bauen praktisch verboten wurde.

Zwei Gruppen von Planern

Konsequenterweise können nun auch vereinfacht zwei Gruppen von Planern unterschieden werden:

1. Planer, deren Ziel es ist, die Summe der Vorteile zu maximieren, die sich für diejenigen Individuen ergibt, die über den Plan zu befinden haben. In diesem Sinn sind sie »unpolitisch«, neutral.

2. Planer, die es sich zur Aufgabe machen, gemeinschaftliche Leitbilder zu entwickeln, um allen Individuen optimale Lebensbedingungen zu ermöglichen. In diesem Sinn wirken sie politisch und werden möglicherweise nur von einer numerischen Minderheit unterstützt, da sie Individualinteressen zurückstellen.

Wir sehen somit, dass der anfangs angetönte Widerspruch zwischen einer bestimmten Auffassung von Planung und einer bestimmten Auffassung von Demokratie im Grunde genommen nichts anderes ist als die Unvereinbarkeit der uneingeschränkten Individualrechte mit den Ansprüchen der Gemeinschaft bzw. umgekehrt. Vielleicht wird er deshalb so gerne übergangen oder als »gesunde Spannung« abgetan, weil die Beschäftigung mit ihm auch die Beschäftigung mit dem »Berührungstabu« Bodeneigentum zur Folge hätte.

Von der Wertfreiheit der Planung

Oft hörte man an Tagung Begriffe wie *»Wertfreiheit«* und *»Entideologisierung«*. Es wurde gefordert, dass die Probleme der Planung im abstrakten Raum mit *»objektiven«* Wertmassstäben zu betrachten seien. Nationalrat Leo Schürmann (cvp., Olten) drückte das so aus: Die Aufgabe der Politik sei es, die Planung mundgerecht zu machen. Planung verständlich machen heisse *»ideologische Bestandteile isolieren«*. Planung sei ein *»wissenschaftlich-fachliches Unternehmen ...«*

In ähnlicher Weise versuchte das Referat von Dr. Theo Ginsburg über das *»Forum Greifensee«* den Unterschied zwischen einem *politischen* Individuum und einem *engagierten* Individuum klarzumachen. Das aus einer Gruppe von unpolitischen aber engagierten Bürgern hervorgegangene Forum sei eine unparteiliche, unpolitische und neutrale Informationsgruppe. Der Vorteil dieser Art von Gruppe sei, dass sie ihrem Charakter gemäss individualistisch bleibe. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich diese sogenannte *»wertfreie«* Informationsstelle verhalten wird, wenn gemeinschaftliche Forderungen in die Interessenbereiche des Individuums eindringen, wenn alternative gesellschaftliche Zielsetzungen zur Diskussion stehen, wie etwa in städtischen Verhältnissen, wo die Interessen stärker divergieren. Die Verwirklichung solcher Zielsetzungen wird dann zur Frage der Macht. Wertfreie Macht gibt es aber nicht. Bleibt also dieses Forum rein neutrale Informations- und Dienstleistungsstelle für »politische« Gruppen und kümmert sich nicht um die Verwirklichung von Vorschlägen, so bleibt es mit seinen geringen Auswirkungen unwichtig. Es betreibt Politik sozusagen als Hobby und bleibt in *»Vorgarten der Demokratie«* stecken, wie es Nationalrat Walter Allgöwer (ldu., Basel) genannt hat. Demokratie ist auch eine Frage der Machtgruppierungen.

Das politische Problem der heutigen Situation ist jedoch folgendes: Der staatliche und der wirtschaftliche Apparat arbeiten auf einer gesetzlichen und *»ideologischen«* (gemeint ist hier der Liberalismus) Grundlage, die aus dem vergangenen Jahrhundert stammt. Die Planungsziele des letzten Jahrhunderts waren meist Bauten, deren Realisierbarkeit zur Hauptsache ein Problem der Finanzierung war. Boden stand noch genügend zur Verfügung. Aus solchen Vorstellungen wurden in bezug auf Planung die Grundrechte des *Individuums* geboren, zum Beispiel die Eigentumsgarantie. Der frei bleibende Spielraum zwischen diesen dem Individuum gewährten Rechten konnte von der *Gemeinschaft* genutzt werden. Die Stellung des Individuums in der Gemeinschaft hat inzwischen eine Entwicklung durchgemacht, die gesetzlichen Grundlagen sind aber dieselben geblieben.

Der heutige Staat entwickelt sich in Richtung zum Sozialstaat. Er wird immer mehr verpflichtet, Dienstleistungen zu übernehmen, die früher in privaten Händen waren (zum Beispiel Post, Bahn, Sozialversicherung, Sicherheit des Individuums, Gesundheit, Erziehung und jetzt auch die Besiedlungskonzeption) Aufgaben also, die gemeinschaftlich gelöst werden. Sollen diese Aufgaben vom Staat in gerechter Weise erfüllt werden können, so müssen diesem zu ihrer Realisierung Rechte eingeräumt werden. Eine neue Gesetzgebung sollte deshalb auch von Grundrechten der Gemeinschaft ausgehen. Im jetzigen Zeitpunkt scheint aber in der Schweiz eine wirkliche Diskussion über die betreffenden Verfassungsartikel unmöglich. Die Eigentumsgarantie zum Beispiel wird nicht als etwas aus einer bestimmten geschichtlichen Situation Hervorgegangenes betrachtet, sondern als dem Individuum zustehendes, »unveräusserliches Recht.

Planerischer Individualismus ...

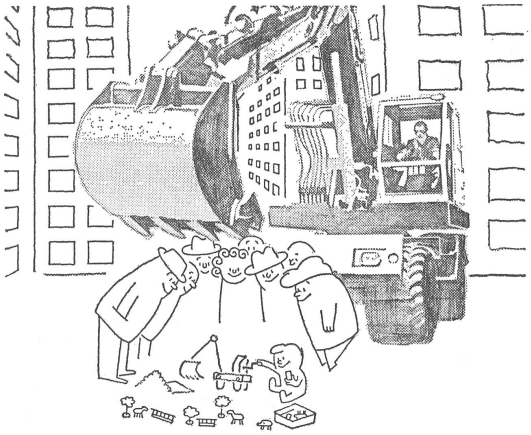
Um so erstaunlicher muss wirken, dass die Postulate, die unserem gedanklichen Exkurs zugrunde liegen, in der Diskussion um die Wohnbauförderung beim Bund sogar von fortschrittlichen Politikern verfochten wurden.

Verbindet man diese Individualrechte mit der Vorstellung von Demokratie, die auf den Prinzipien von Mehrheit, Freiheit und Gleichheit beruht, müsste das zu folgenden raumplanerischen Konsequenzen führen:

Bei weitgehendem Verfügungsrecht des Besitzers über seinen Boden könnte die Forderung nach gleicher Behandlung aller nur dadurch gelöst werden, dass jeder eine ungefähr gleichwertige Parzelle besitzt. Die Planung müsste dann so gestaltet werden, dass auch jedem Individuum innerhalb seiner Parzelle die gleichen Freiheiten gewährt werden. Bei einer Siedlungsplanung zum Beispiel würde die numerische Mehrheit für alle verbindliche Siedlungsmuster festsetzen. Da der Boden zugleich Besitz ist, müssten bei der Festsetzung des Siedlungsmusters auch die individuellen Verwertungsinteressen des eigenen Kapitals berücksichtigt werden. Um hier die Bevorzugung einzelner Grundstücke zu vermeiden, müsste das Siedlungsmuster so gewählt werden, dass alle Positionen in bezug auf die wertvermehrenden Faktoren eine gleiche Standortgunst einnehmen. In diesem Sinn ist zum Beispiel auch das Auto das gerechteste Verkehrsmittel. Bei einem netzförmigen Strassensystem verbindet es jeden Punkt mit jedem andern Punkt in gleichwertiger Weise, erzeugt also keine bevorzugten Standorte wie etwa eine Bahnstation. Damit sind wir bei jenen amerikanischen Vorstädten angelangt, die aus einer edlosen Addition von gleichwertigen Einzelparzellen bestehen. Jeder besitzt sein Gärtchen mit seinem Häuschen, wo er sich individuell ausleben kann.

... vergisst vieles

Da in diesen Fällen die Planung auf die Einzelbedürfnisse hin optimiert ist, sind die öffentlichen Enrichtungen auf die notwendige Infrastruktur reduziert. Man hat vergessen, dass es Anliegen gibt, die für ein menschenwürdiges Leben Voraussetzung sind (wie etwa eine spürbare Gemeinschaft öffentlicher Freiraum, saubere Luft, Spazierwege usw.) für die von der Gemeinschaft gesort werden muss auf Kosten der Individuen. Der Grundsatz des privaten Verfügungsrechts über Grund und Boden ist in dem Sinn nicht »wertfrei«, als er ganz bestimmte Siedlungs- und Gemeinschaftsformen erzeugt: Formen, die den privaten Verwertungsinteressen des eigenen Kapitals den Vorzug geben, Formen, die die Forderung nach optimalen Lebensbedingungen für eine Gemeinschaft in den Hintergrund stellen.



Information oder Propaganda?

Die (vielleicht nicht unbewusst verwendete) Doppeldeutigkeit des Begriffs *Information* kam in mehreren Referaten zum Ausdruck. Information der Oeffentlichkeit, transparente Planung schienen Schlagworte, die (wie der Begriff der Planung an sich) »salonfähig« geworden waren: Gebote der Zeit, die man zu berücksichtigen hatte, wenn man in den nächsten Wahlen kandidieren wollte. Einerseits wurde in vielen Referaten versichert, dass eine weitere

Der einen Wege und der anderen Sackgasse ...

»Abstimmungen dienen dazu, dem Volk eine Frage zu stellen, die sich niemand stellt, damit die Herrschenden eine Rechtfertigung haben, um auf ihre Art die Frage zu beantworten, die sich jedermann stellt.« Diese Aussage des Franzosen Alain Krivine sollte auch uns Anlass zum Nachdenken geben. Geht unsere Abstimmungsdemokratie, wo der Bürger allenfalls noch über Kredite für zu Ende geplante und ihm als nicht mehr abänderbar vorgestellte Projekte entscheiden darf, an der wahren Demokratie vorbei? An einer Demokratie, wo die Bevölkerung selbst darüber entscheiden würde, ob sie überhaupt Autobahnen im Stadtzentrum will, nicht nur, welcher Preis dafür zu bezahlen sei. Wenn aber nicht das Volk, wer entscheidet denn? Nur allzuoft holen Planer fixfertige Projekte aus der Tasche, an denen jahrelang meist geheim herumgewerkelt wurde, als dass die Antwort auf diese Frage schwerfallen dürfte. Kritiker oder gar Opponenten werden dann zumeist so zum Schweigen gebracht, dass man ihnen entgegnet, sie seien ohnehin nicht fähig, einen gleichwertigen Gegenvorschlag zu bieten, wie wenn dies in der kurzen Zeitspanne zwischen der Veröffentlichung eines Projekts und der Abstimmung darüber noch möglich wäre.

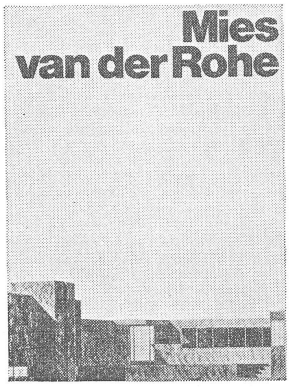
Von einer Tagung über »Oeffentlichkeit der Planung in der Demokratie« sollte man eigentlich erwarten, dass solche Probleme behandelt werden. In Rüschlikon wurde nur viel über die technischen Aspekte der Oeffentlichkeitsarbeit gesprochen. Im übrigen ging es den meisten Referenten darum, zu zeigen, dass die Forderung nach einer Demokratisierung des Planungsprozesses gar nicht mehr sinnvoll sei, da diese unter den jetzigen Verhältnissen schon genügend verwirklicht sei. Statt dessen hätte man von den Referenten erhofft, dass sie auf die Gründe des zunehmenden Missverhältnisses zwischen Oeffentlichkeit und Planung eingehen würden. Auch von der Schweizerischen Vereinigung für Zukunftsforschung, die sich zur Aufgabe stellt, »die Aufmerksamkeit der Behörden und der Oeffentlichkeit auf eine systematische und unvoreingenommene Prüfung jener Faktoren zu lenken, die unsere Zukunft bestimmen ...«, hätte man eine mutigere Haltung in der Auswahl der Referate erwartet.

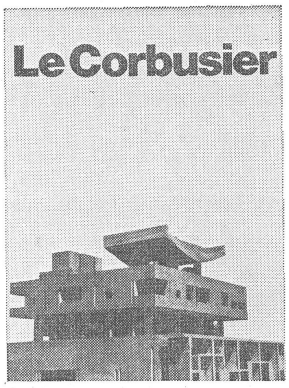
Die meisten Tagungsteilnehmer kamen zur Auffassung, dass eine statische Betrachtungsweise des Planungsvorganges (Plan als abstraktes Mittel zur Verwirklichung eines gesteckten Zieles) im heutigen Zeitpunkt nicht mehr haltbar sei. Eine gewisse Dynamik der Betrachtungsweise setzte sich also durch in bezug auf die Planung. Diese wurde aber nicht auf die Einschätzung der Oeffentlichkeit ausgedehnt. Das heisst von einem systemanalytischen Ansatz ausgehend, wurden zuerst die Interdependenzen innerhalb des planerischen Systems erfasst und, von diesen ausgehend, die notwendigen sinnvollen Massnahmen in Richtung des Zieles unternommen, wobei die Zielrichtung laufend den weiteren Umständen angepasst werden musste. Die Konsequenzen dieser systemanalytischen Betrachtungsweisen, die ja die innere »Plastizität« eines Systems deutlich machen sollten, wurden aber nicht auf die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ausgedehnt. Deshalb blieben die Diskussionen in den Grenzen, die man sich selber gesteckt hatte, weil man die aktuelle Situation diskussionslos als einzig richtig und darum unabänderlich bezeichnet hatte.

In diesem Fall, so scheint es, erübrigt sich Zukunftsforschung oder aber wird zum intellektuellen Zeitvertreib.

»Wie kann sich die Planung über die Demokratie hinwegsetzen?« So hätte das Thema der Tagung eigentlich lauten müssen. im

Studiopaperback





Herausgegeben von Willy Boesiger. 260 Seiten mit 170 Fotos und 285 Plänen und Skizzen. Biographie und Werkverzeichnis 1887–1970. Texte deutsch und französisch. Format 14 x 20 cm. Broschiert 19.–

eine neue Reihe im

Von Werner Blaser. 204 Seiten mit 54 Fotos und 72 Plänen und Skizzen. Biographie und Werkverzeichnis 1886–1970. Texte deutsch und französisch Format 14 x 20 cm. Broschiert 19.–

Verlag für Architektur Artemis

Sicherheit mit Pneus vom Fachmann

Klare Nettopreise

FIRESTONE KLEBER MICHELIN

Montage – mod. Auswuchten

Pneuhaus W. H. Kleinheinz

Culmannstr. 83, 8033 Zürich
(hinter Hotel Rigihof) Tel. 28 37 15

Müssen Liebespartner streiten?

Streit, Eifersucht, gegenseitiges Missverstehen stören das Zusammenleben in vielen Partnerschaften. Ueber die Ursachen dieser Schwierigkeiten und die Möglichkeit, sie zu beheben, lesen Sie im Artikel »Partnerschaft — ein Problem der zwischenmenschlichen Beziehung«. In der Aprilausgabe finden Sie neben anderen Beiträgen ferner ein psychotherapeutisches Gruppengespräch in mehreren Folgen über »Werdegang und Heilung eines Homosexuellen und Exhibitionisten« abgedruckt.

Psychologische Menschenkenntnis

Monatsschrift (8. Jahrgang) für Lehrer, Sozialwissenschaftler, Psychagogen, Psychologen, Heilpädagogen, Jugendpsychiater und Eltern.

Alle Lebensprobleme — Partnerschaft, Erziehung, Beruf — werden in allgemeinverständlicher Sprache behandelt. Berichte über neueste Erfahrungen in Gruppentherapie!

Herausgeber: Psychologische Lehr- und Beratungsstelle, 8006 Zürich (F. Liebling), Stampfenbachstr. 153

Bestellung: Ich wünsche ein Probeabonnement für 3 Monate zu Fr. 6.–

_____ Halbjahresabonnement zu Fr. 11.50

_____ Jahresabonnement Fr. 20.–

Name: _____

Strasse: _____ Ort: _____

Gewünschtes bitte ankreuzen.

Dahinter stehen immer Menschen

Ebenso oft wie anerkennend wird von technischen Spitzenleistungen «von Sulzer» gesprochen. Solche Redeweise führt dazu, daß etwas Wichtiges übersehen wird. Nämlich daß solche Leistungen von den Mitarbeitern erbracht werden und daß ihnen, den Menschen, die Anerkennung gebührt. Jedem einzelnen von ihnen. Das mag als selbstverständlich erscheinen. Aber je größer ein Unternehmen ist, desto weniger sind Außenstehende sich bewußt, daß dahinter immer Menschen stehen. Und desto eher gehen sie davon aus, die Belegschaft sei eine anonyme Masse. Zu oft wird ganz einfach vergessen, daß auch im Großunternehmen die Menschen immer nur in kleinen Gruppen, in überblickbaren Teams zusammenarbeiten. Dabei tragen die ganz persönlichen Neigungen und Anlagen eines jeden ausschlaggebend zum Erfolg ihres beruflichen Zusammenwirkens bei.

In der Maschinenindustrie geht es um Maschinen. Hinter diesen Maschinen aber stehen immer Menschen. Im wörtlichen und übertragenen Sinn.

Gebrüder Sulzer, Aktiengesellschaft, 8401 Winterthur

211.6-2

Information der Oeffentlichkeit unerlässlich sei. Andererseits wurde auch klargestellt, von wessen Seite diese Information zu erfolgen habe.

So hob Regierungsrat Prof. H. Künzi in seinem Referat vor allem hervor, mit welchem Aufwand seine Verwaltungsstelle »Information« betreibe. An Hand des Beispiels der U-Bahn-Planung verdeutlichte er, was unter Information der Oeffentlichkeit als Vorbereitung für Abstimmungen zu verstehen sei: Der Stimmbürger müsse so vorbereitet werden, dass er nicht Projekte, deren Projektierung unter Umständen Jahre gedauert habe, ablehne. Deshalb sei »im richtigen Moment die richtige Information« an die Oeffentlichkeit weiterzugeben. Klar wurde diese Haltung insbesondere nach der Vorführung des Filmes über die geplante U-Bahn, der von der Behördendelegation in Auftrag gegeben worden war und der wohl wie der Strickhof-Film vor einem Jahr bald in allen Kinos zu sehen sein wird.

Mit raffinierten Mitteln und den notwendigen Kniffen der Regie (Sonnenschein für die Bahn, trübes Wetter für den Privatverkehr) soll dieser Film dem Zuschauer das Gefühl geben, dass diese Art von U-Bahn mit dieser Linienführung die einzig richtige Lösung sei. Durch die Verwendung von gestalterischen Elementen, die das Unterbewusstsein und die Gefühlswelt des Zuschauers beeinflussen, ist klar, was in diesem Fall unter Information zu verstehen ist: reine Propaganda. Propaganda für das Regierungsprogramm. Offenbar fürchtet man in Kreisen der Verwaltung die »Irrationalität des Volksentscheides«, wie es in einer Diskussion genannt wurde.

Keine richtigen Argumente, weil keine richtige Frage

Im gesamten für die Oeffentlichkeit bestimmten *»Informationsmaterial«*, das übrigens sehr umfangreich ist, lassen sich keine Argumente gegen eine U-Bahn finden. Die ist noch viel erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass vor wenigen Jahren von derselben Verwaltungsstelle eine sehr umfangreiche Dokumentation zusammengestellt wurde, um zu beweisen, dass eine Tiefbahn in Zürich zweckmässiger sei als eine U-Bahn. Es wurden damals alle Argumente gegen eine U-Bahn zusammengetragen.

Prof. David Genton (Institut des Transports, ETH-L) illustrierte die oben beschriebene Haltung durch ein prägnantes Gleichnis: *»Wenn man der Oeffentlichkeit die Nachteile eines Projektes* zeigt, muss *man sehr vorsichtig sein! Das ist, wie wenn man einem Kranken, der vor einer grossen Operation steht* (in Wirklichkeit war die Rede von einer U-Bahn), *erklärt, wo er nach der Operation Schmerzen haben werde, bevor man ihn einschläfert. Das nützt doch nichts, damit macht man ihm nur Angst!»* (Uebersetzung durch die Verfasser.)

»Information«, gemeint ist hier Propaganda, ist eine Frage der Mittel (das hat Prof. Künzi eindrücklich gezeigt). Die Mittel sind aber eine Frage der Macht. Das Informationspotential der Regierung für eine bestimmte Abstimmungsvorlage ist meistens viel grösser als dasjenige der Gegner einer Vorlage, es sei denn, diese würden von der Privatwirtschaft unterstützt. So sind zum Beispiel die Erläuterungen zu den Abstimmungsvorlagen einseitig. Das einzige in den Erläuterungen enthaltene *potentielle Argument* gegen eine Vorlage ist *nicht qualitativer Natur*. Es ist nämlich die Kostensumme für ein bestimmtes Planvorhaben, die unter Umständen zu hoch sein kann.

Man könnte sich vorstellen, dass in den Erläuterungen zu einer Vorlage Befürworter und Gegner in gleichem Mass zu Wort kommen könnten. Der Stimmbürger wäre dann vor eine echte Wahl gestellt. In den USA sind schon seit längerer Zeit Versuche dieser Art im Gange. Doch das eigentliche Informationsproblem liegt nicht auf der Stufe der staatlich finanzierten *»Gegenpropaganda«*. Es liegt tiefer.

Publicity gegen Mündigkeit

Analog dem subtilen Unterschied zwischen Information und Propaganda existiert auch ein subtiler Unterschied zwischen einer informierten, rational urteilenden Oeffentlichkeit, und einer *»informierten«*, *»irrational«* urteilenden Oeffentlichkeit. Handelt im zweiten Fall der Bürger vielleicht so *»irrational«*, weil er *zuwenig* informiert ist? Wie sollte er zu Bewusstsein und rationalen Urteilen kommen, wenn er durch das, was behördenseits unter Information verstanden wird, in eine passive Konsumentenrolle gedrängt wird? Das Problem der Information der Oeffentlichkeit ist nicht, wie oft angenommen wird, nur die Folge einer fehlenden Information, also ein Problem der *»Informationsleere«*, sondern ebenso ein Problem der *»Informationsflut«*. In der täglich auf uns einwirkenden Propagandaflut ist es unmöglich, den Bürger noch für Probleme der Planung zu interessieren. Um so fragwürdiger ist es deshalb, wenn versucht wird, das Bewusstsein des Bürgers mit denselben Mitteln zu erreichen, wie sie die Produktewerbung zur Absatzsteigerung verwendet. Information wird zur Propaganda, wenn sie als Ware behandelt wird.

Aufklärung des Bürgers muss deshalb von einer ganz anderen Basis ausgehen. Das Ziel muss es doch eindeutig sein, den Bürger mündig, das heisst urteilsfähig, zu machen. Das Informationsproblem ist demzufolge ein Erziehungsproblem und als solches zu behandeln. Information innerhalb dieser Erziehung darf auf keinen Fall nur einseitig sein. Information im demokratischen Planungsprozess wäre demnach als Bindeglied zwischen Oeffentlichkeit und planender Institution zu verstehen, ist also selbst Institution: Der Planer informiert die Oeffentlichkeit, die Oeffentlichkeit reagiert auf die Vorschläge des Planers, dieser wird wiederum informiert, reagiert durch die Revision seiner Vorschläge und informiert wiederum die Oeffentlichkeit. Das Parlament wäre als solche verbindende Institution aus verschiedenen Gründen nicht geeignet.

Information als öffentliche Erziehungsaufgabe wäre ein Problem gewesen, über das man an der Tagung gerne näher diskutiert hätte. Doch an dessen Stelle begnügte man sich mit einigen technischen Aspekten der sogenannten »Information«. So schloss z. B. der Basellandschäftler Finanzdirektor Theo Meier die Diskussion über sein Referat mit den folgenden Worten: »Auch Regierungsräte sollten mehr Marketing-Erfahrung haben«. Information der *Oeffentlichkeit* wurde zum Problem der Werbetechnik heruntergespielt.

Im nächsten »impuls«

Bildung oder Ausbildung? — Analysen zum Entwurf für einen neuen »Ausbildungs«-Artikel in der BV

Kritik der kybernetischen Bildungsplanungs- und Erziehungsideologie

Eindimensionale Planung: Planung = Finanzplanung?

»Planung als Führungsinstrument und Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung im Kanton Basel-Landschaft« war der Titel des Referates von Meier. Die Finanzplanung in der *»reifen Wirtschaft«* (in anderen Kreisen spätkapitalistische Wirtschaft genannt) gehe von folgenden Grundlagen aus, die wissenschaftlich erarbeitet werden müssten:

1. Bevölkerungsprognose
2. Altersaufbau
3. Erwerbsstruktur

Die Finanzplanung sei wiederum die Voraussetzung für alle übrigen Planungen. Ohne Geld sei nichts zu bauen. Damit seien also durch die Grundlagen der Finanzplanung auch die Grenzen der Planung überhaupt gegeben: *»Alles, was an Planung ja gemacht wird, nimmt seinen Niederschlag in Bauten«*, bekräftigte Dr. Meier in der anschliessenden Diskussion. Referat und Diskussion gingen im übrigen nicht weiter auf diese Problematik ein. Vielmehr wurde diskutiert, wie die Finanzplanung am effektivsten zu gestalten sei.

Es kann demnach also ebensogut gesagt werden, dass die Finanzplanung das Führungsinstrument und die Grundlage der Planung sei!

Noch deutlicher wurde dieses Problem im bewusst vereinfachten Simulationsspiel einer demokratischen Planung von dipl. Ing. Paul Dubach, in dem die Tagungsteilnehmer eine kleine Modellgemeinde spielten. Ueber Stimmzettel konnten die Modellgemeindebürger eine Prioritätsliste der geplanten Bauvorhaben eingeben. Gemäss der von einem Computer innert kurzer Zeit errechneten Prioritätsfolge stimmte dann die Gemeinde über die Vorlagen einzeln ab, wobei der Computer jeweils die Rückkoppelung in Form von Darlegungen über die Folgeerscheinungen der möglichen Abstimmungsentscheide besorgte.

Steuerung nach Steuerindex

Führte man sich jedoch vor Augen, welche Informationen diese Rückkoppelung beinhaltete, so wurde man etwas skeptischer. Es waren statistische Angaben. Ausschlaggebend für den einzelnen war vor allem der Steuerindex als Folge der Annahme eines bestimmten Projektes. Der Computer hatte also zum Ziel, dem einzelnen Stimmbürger die Grundlagen für eine individuelle Cost-Benefit-Analyse zu liefern. Der Computer kann in diesem Fall dem Stimmbürger auf praktische Weise die Abhängigkeit der Belastung des Gemeindebudgets von den Abstimmungsentscheiden demonstrieren; Entscheidungsgrundlagen über gesellschaftliche Ziele kann er jedoch nicht geben. In Diskussionen betonte der Verfasser des Spiels immer wieder, dass das frühe Entwicklungsstadium dieses Spiels verantwortlich sei für die noch fehlende Verarbeitung von *»Sozialen Indikatoren«*. In Diskussionen, wo das Problem der *»Sozialen Indikatoren«* gestreift wurde, zeigte sich, dass niemand, auch die Soziologen nicht, wusste, was unter brauchbaren *»Sozialen Indikatoren»* zu verstehen sei. Der Widerspruch liegt tiefer und kann nicht einfach durch die Weiterentwicklung des technischen Apparates einer *»Demokratie-Maschine«* gelöst werden, jedenfalls dann nicht, wenn davon ausgegangen wird, dass die Krediterteilung in der Planung das wichtigste sei, wie das im erwähnten Spiel der Fall war. Eine derartige Einengung der Problematik, auch wenn noch versucht wird, diese durch den Einbezug von ein paar nichtfinanziellen Parametern zu beschönigen, kann nicht zukunftweisend sein.

Da bei der Beurteilung der Bauvorhaben der Stimmbürger nur gefragt wird, ob er dem Kreditbegehren zustimme, das für die Realisierung eines Bauvorhabens notwendig ist, kommt dieser gar nicht in die Lage, andere Beurteilungskriterien als finanzielle für seine Entscheidungen zu benützen. So wird der Bürger immer urteilsunfähig bleiben. Wie sollte er zudem seiner »Eindimensionalität« bewusst werden, wenn ihn die Bauwirtschaft lehrt, dass ein Bau erst in zweiter Linie Nutzungsqualitäten hat, in erster Linie aber Kapitalanlage sei! Wenn er nur über das Kreditbegehren abstimmen darf, wird er auch nie merken, dass der vorgeschlagene Bau nur eine Lösungsmöglichkeit eines bestimmten Problems darstellt, nämlich eine bauliche, dass vielleicht andere Lösungsmöglichkeiten (z. B. eine strukturelle Aenderung) viel sinnvoller wären.

Als keinesfalls allein dastehendes Beispiel für eine solche *»eindimensionale«* Planung oder *»Steuer-Planung«* sei hier die Gemeinde Moudon (Waadt) erwähnt:

An einem Sonnenhang, der zum grossen Teil der Gemeinde gehörte, wurde ein viel zu grosses Gebiet als Landhauszone vorgesehen. Dadurch erledigte man in einem Arbeitsgang Finanz-, Steuer- und Ortsplanung: Der Verkauf von Parzellen sollte schon kurzfristig die Gemeindekassen füllen; auf längere Frist hoffte man durch die Landhauszone Villenbesitzer aus dem Raum Lausanne anzuziehen, um für die Zukunft einen niedrigeren Steuerfuss zu garantieren. Der Zonenplan für die Gemeinde wurde gleichzeitig erstellt. Der Erfolg dieser Massnahme bleibt abzuwarten. Moudon ist als kaltes Nebelloch bekannt und wird deshalb kaum viele Villenbesitzer anziehen können. Der Sonnenhang wird durch die Streubauweise zersiedelt werden, wodurch der Gemeinde relativ hohe Ausgaben für die Infrastruktur erwachsen werden.

Planungstechnokratie oder Demokratie der Planung?

So hiess bezeichnenderweise die Ueberschrift zum Kommentar über die Rüschlikoner Tagung in einer freisinnigen Zeitung. Damit hat sich der Autor das Problem schon falsch gestellt. Entweder ist Technokratie in der Domokratie möglich (es fragt sich, von welchem Begriff der Demokratie man ausgeht), oder aber die Demokratie schliesst die Technokratie aus. Das Problem liegt also nicht einfach bei der Technokratie, denn diese etabliert sich naturgemäss dort, wo sie kann, sondern bei der Demokratie, die solches zulässt. Der erwähnte Artikel kritisiert denn auch erwartungsgemäss mit keinem Wort die heutige Auffassung von Demokratie und ist daher auch nicht in der Lage, etwas über die Gefahr einer zunehmenden Technisierung der Planung auszusagen. Die Gefahr einer zunehmenden Planungstechnokratie wird aber akut wegen der Entwicklung immer neuer wissenschaftlicher und pseudowissenschaftlicher Hilfsmittel (z. B. Statistiken, die über daraus hervorgehende Prognosen zu »Sachzwängen« werden), sowie neuer Planungsgrundlagen und Planungstheorien. Dadurch polarisiert sich die Arbeitsteilung zwischen Planer und Bürger immer mehr im Sinn von Wissenden und Unwissenden. Der Politiker steht etwas hilflos irgendwo dazwischen und verlangt höchstens, wie Nationalrat Schürmann es ausdrückte, »ein mehr pragmatisches Vorgehen«. Damit meinte er, dass die Planer ihren Wissensvorsprung nicht als Machtvorsprung ausnützen sollten.

Den Bürger in Kenntnis setzen . . .

Die meisten an der Tagung zur Sprache gekommenen Ansichten beschränkten sich aber darauf, festzustellen, dass der Bürger einerseits vermehrt informiert werden müsse, damit auch er etwas von Planung verstehe, anderseits es sich aber in Wirklichkeit gezeigt habe, dass der Bürger sowieso nicht Zeit und Fähigkeiten habe, die Probleme der modernen Planung zu verstehen, und es somit doch nicht sinnvoll sei, ihn zu informieren. Die Kluft zwischen Stimmbürger und Planung bleibt also bestehen. Numerisch drückt sich das in den Abstimmungen etwa so aus: Bei einer Stimmbeteiligung von 30% und etwa 16% Ja-Stimmen gegen 14% Nein-Stimmen ist also eine Mehrheit von kaum einem Sechstel ausschlaggebend für den Entscheid.

. . . statt von ihm Kenntnis zu nehmen

Der Widerspruch liegt doch darin (selbst in der *»Computer-Demokratie«*, wo jeder Bürger zu jeder Zeit seine Meinung an einen zentralen staatlichen Computer geben kann), dass die meisten technischen Hilfsmittel wohl den individuellen *»Abstimmungskomfort«* und die *»Information«* des einzelnen über die technisch-finanziellen, numerisch erfassbaren Belange erhöhen (siehe unter *»Eindimensionale Planung«*), aber die Kluft zwischen hochspezialisierter Planungsmethodik und dem Bewusstseinsstand des Bürgers vergrössern und ihn dadurch *planungsunmündig machen.*

Soll die Planung wirklich demokratisch sein, so muss sie allgemeinverständlich, sozusagen volkstümlich sein. Die Planung hat sich nach dem Bürger zu richten, nicht der Bürger nach der Planung! Dafür hat eine geeignete Form der Demokratie zu sorgen! Nur so können die verschiedenen Dimensionen von Planung demokratisch statt technokratisch behandelt werden.

Der Einsatz technischer Hilfsmittel wie des Computers kann im besten Fall dazu dienen, dem Stimmbürger die Entscheidungsgrundlagen und die notwendigen Informationen zu liefern und das vielleicht in Zukunft in bequemer Art bis nach Hause. Doch gerade diese Erhöhung des *»Abstimmungskomforts«* ist *kein* Beitrag zur Demokratisierung des Planungsprozesses. Dadurch wird bewirkt, dass die Entscheide noch individueller getroffen werden können, was weiter zur Folge hat, dass der Einzelne gegenüber dem Staatsapparat zunehmend isoliert wird. Dabei ist allgemein bekannt, dass Gruppenentscheide (z. B. ein Entscheid mit vorangegangener Diskussion) für den einzelnen einen Lernprozess darstellt und dass die Summe von Einzeloptionen nicht gleich einer Gruppenoption ist.

Es muss als einseitig und ebenso ideologisch bezeichnet werden, wenn man nur einen Aspekt der Planung sehen will, den der Koordination, der Verbesserung des Instrumentariums der Planung. Letzten Endes zielt dieser doch nur darauf ab, die Effizienz des vorhandenen Systems zu erhöhen. Das Problem der echten demokratischen Planung ist aber ein Problem, das auch die Grundlagen dieses Systems einzubeziehen hat und zwar nicht nur im Sinn von Systemtheorie, sondern im Sinn von gesellschaftlichen Zielsetzungen und gesellschaftlichen Entscheiden.

Andere Berichterstattungen über die gleiche Tagung:

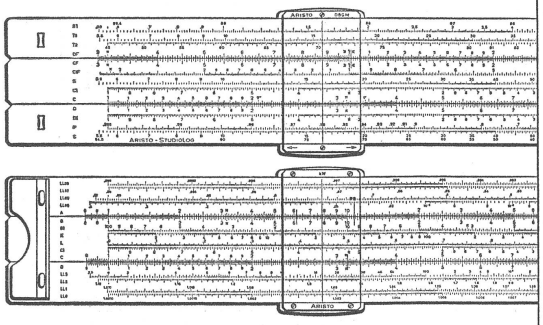
- Gesucht: Ideen zur Belebung der Demokratie »Tages-Anzeiger«, 10. April, von Rudolf Schilling
- Die Angst des Planers vor der Demokratie »National-Zeitung«, 10. April (Morgenausg.), von Peter Wettler
- Planungstechnokratie oder Demokratie der Planung? »Neue Zürcher Zeitung«, 10. April, von F. R.
- Computer-Demokratie »Wir Brückenbauer«, 14. April, von Walter Allgöwer

Im nächsten »impuls«:

Sozialismus und Sozialstaat

Sport in der Klassengesellschaft

ARISTO-StudioLog



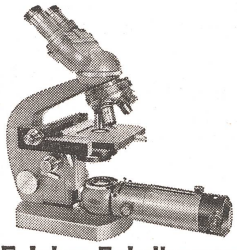
Der ARISTO-Studio wurde in zwanzig Jahren — dank seiner praktischen Skalenanordnung zum schnellen und sicheren Rechnen und wegen der präzisen Teilung mit deutlicher Bezifferung — zum meistbenutzten Rechenstab für Ingenieurberechnungen.
Mit insgesamt 29 Skalen, klar und übersichtlich auf einem breiteren Körper angeordnet, setzt der neue Rechenstab ARISTO-StudioLog die Tradition des ARISTO-Studio fort. Zwei weitere Exponentialskalen, eine 2. Tangensskala, eine zweite, bewegliche Sinusskala sowie die Kehrwertskalen BI und DI bieten die Möglichkeit, mit weniger Einstellungen und kürzeren Rechenwegen noch schneller zu rechnen und die Rechengenauigkeit zu erhöhen.
Bitte fordern Sie Informationsmaterial R 32 an.

Generalvertretung:
Lindenmann AG • 4000 Basel 18 • Delsbergerallee 38

ARISTO

ARISTO-WERKE • DENNERT & PAPE KG • HAMBURG

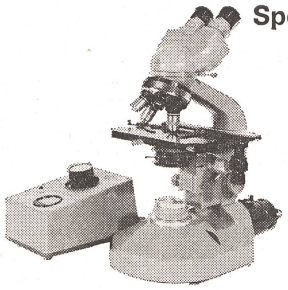
OLYMPUS-Mikroskope



OLYMPUS-Mikroskop, Mod. EC-BI-1
binokular mit koaxial verstellbarem Kreuztisch CS, Binokulartubus 1:1, Kondensor N.A. 1.25 auf Zahntrieb, 4 Okjektiven, Achromaten 4×, 10×, 40× und 100× (Ölimmersion), Okularpaar Weitwinkel WF 10× (Grossfeld), mit Plastikhaube, Holzschrank, Augenmuscheln und **Köhler-Hochleistungs-Niedervolt-Lampe 6V/30W,** inklusive Birne, Filter, 1 Flacon Ölimmersion und stufenlos regulierbarem Transformator 220V.

Nach Abzug des Studentenrabattes, netto
nur Fr. 1985.–

Spezialofferte an Studenten



OLYMPUS -Forschungs-Mikroskop Mod. EHA-BI-1
binokular, Stativ EH mit 5er-Revolver, mit koaxial verstellbarem Kreuztisch CrS-VH, Binokular-Tubus 1:1, Kondensor zentrierbar N.A. 1.25 auf Zahntrieb, 4 Objektiven, Achromaten 4×, 10×, 40× und 100× (Ölimmersion), Okular-Paar Weitwinkel WF 10× (Grossfeld), mit Plastikhaube, Holzschrank, Augenmuscheln, im Sockel eingebauter **Köhler-Hochleistungs-Niedervolt-Lampe 6V/30W,** inklusive Spezialbirne, Filter, 1 Flacon Ölimmersion und stufenlos regulierbarem Transformator 220V.
Nach Abzug des Studentenrabattes, netto
nur Fr. 2472.–

5 Jahre Fabrikgarantie **Sofort ab Lager lieferbar** **Beste Referenzen in der ganzen Schweiz.**

Erhältlich auch bei der Zentralstelle der Studentenschaft
Nähere Auskunft und Beratung durch die Generalvertretung: **Weidmann + Sohn,** Abt. Präzisionsinstrumente, **Gustav Maurerstrasse 9, 8702 Zollikon,** Telefon 01 654 80 00

Wieder entdecken, dass Tabak schmeckt.

Entdecken, dass der Tabak in diesen Cigaretten so schmeckt, wie er gewachsen ist: rein und unverfälscht. Und dann dabei bleiben. 25 Cig. Fr. 1.35

olé!

Gratis Priméros-Platte.

Wir schenken Ihnen Musik für eine Priméros-Länge. Da ist alles drin, was zu dieser Cigarette gehört: Freude und Ungebundenheit, Sonne und grenzenlose Weite: «El grito del halcón» heisst die Platte.

ZüStu

Name _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Ausschneiden und senden an: Priméros, Postfach 403, 1211 Genf 26

Priméros

Zwischen Schöngeisterei und Verwertung:

Germanistik wozu?

Kürzlich fragte ein einflussreicher Industrieller, zugleich Nationalrat, einen Germanistikstudenten: »Wozu kann man eigentlich Germanisten heute noch brauchen?« Der Student hatte sich die Frage auch schon gestellt, dennoch erblasste er leicht. Die gesellschaftliche Position und die politische Macht des Industriellen liessen eine oberflächliche Antwort, eine apologetische Phrase, nicht zu. Der Student sah sich also plötzlich in der peinlichen Lage, »sein« Studium gegenüber jemandem zu legitimieren, der in dieser Gesellschaft am Schalthebel sitzt. Schöngeistiger Apologetik war der Industrielle zu jener Tageszeit und an jenem Ort nicht zugänglich, denn für diesen ist, was er selbst als Kultur zu bezeichnen pflegt, für Feierabend und Sonntagmorgen reserviert. Dem Studenten war obendrein nicht danach zumute, die Kultur kulturig zu rechtfertigen.

Vielmehr setzte der Student an, etwas irritiert immer noch, zur politischen Rechtfertigung der Germanistik gegenüber diesem Vertreter der politischen Macht. »Also«, führte er aus, »die Germanistik entlässt viele Lehrer für ganz verschiedene Schulstufen. Diesen gesellschaftlich wichtigen Weg geht der Hauptharst der Germanistikabsolventen. Eine Minorität ‚bildet' sich aus für eine spätere Stellung in den Institutionen der Meinungsbildung, also für Presse, Radio und Fernsehen.« – Der Student geriet unvermittelt in einen Zwiespalt mit seinem besseren Ich. Denn er wusste sehr genau, dass das Germanistikstudium heute weder eine adäquate Lehrerausbildung noch etwas Angemessenes für den zukünftigen Redaktor oder Journalisten zu bieten vermag. Der Zwiespalt bebte aber nur kurze Zeit in ihm. Denjenigen gegenüber, welche die Macht für opportun erklärten, war das bisschen Uebertreibung, auch eine Art von Opportunismus, gerade noch angängig.

Der Industrielle präzisierte: »Ja schon, Lehrer, Journalisten und Redaktoren: das ist richtig. Aber muss die Ausbildung so lange dauern? Muss einer 14 und mehr Semester studieren, eine Dissertation schreiben, um Gymnasiallehrer zu werden? Sie wissen, das kostet uns (er meinte wohl die andern) sehr viel Geld. Und vor allem: Bietet denn die Ausbildung Gewähr, dass diese Lehrer auch das Richtige lernen, um es weiterzugeben? Sie wissen«, sagte der Industrielle mit dem Gestus des weitblickenden Politikers, »Sie wissen, der Lehrer und die Familie, das sind in unserer Demokratie die staatstragenden, die Positivität säenden Elemente. Der Lehrer ist«, schloss er mit nachdenklicher Stimme, »der Lehrer ist eigentlich ein Politiker, der beste Politiker, den es gibt: wenn die Jungen nicht mehr das Richtige, das Positive lernen, ja dann sehe ich schwarz für unser Volk (er meinte wohl sein Kapital).«

Die politische Dimension

Der Germanistikstudent erinnerte sich an ein Proseminar, in dem er einmal unvorsichtigerweise von der politischen Dimension eines sehr sublimen lyrischen Gedichts sprach. Seine Mitstudenten und der Proseminarleiter betrachteten ihn wie einen Aussätzigen. In der Sphäre des proseminaristischen Geistes ist Politisches pornographisch; Synonym fürs Niedrige, Schmutzige, Alltäglich-Ungeistige. Aber laut konnte er dies dem Industriellen nicht sagen. Der Satz vom Lehrer als dem besten aller Politiker lag ihm hart im Nacken, aber da ging etwas ganz und gar nicht auf: Der Industrielle musste eine andere Politik meinen, wahrscheinlich die staatserhaltend-positive. Hin und her gerissen zwischen der positiven Politik, die er nicht als die seine verstand – der Student hatte nämlich denken gelernt, grösstenteils ausserhalb des offiziellen Betriebs an einer negativen Politik, die der Industrielle bestimmt als antiabendländisch und zersetzend charakterisiert hätte –, sagte der Student schliesslich beschwichtigend: »Also gerade so politisch wie Sie den Lehrer wollen, wird er ausgebildet. Als Student der deutschen Literatur lernt er das Eherne, das Bleibende, die unveräusserlichen positiven Werte – altmodisch ausgedrückt das Ueberzeitliche oder Ewige – gründlich kennen. Und die Erkenntnis dieses Ewigen im Schoss der hohen unvergänglichen Literatur wird im Studium nicht einfach dem Zufall überlassen. Die Germanisten machen das mit Methode (der Student hätte gerne, captatio vor dem genius loci, Management gesagt statt Methode, aber es passte nicht). Genauer«, fuhr der Student fort, »die Germanisten machen das nicht nur mit Methode, die Ueberzeitlichkeit ist die Methode selbst.«

Der Student konnte nicht damit rechnen, dass der Industrielle die Ironie aus diesen Sätzen heraushörte. Damit aber war seine eigene Position nicht mehr bloss opportunistische Zwiespältigkeit, sondern der schlichte Ausdruck für Grundfalsches. Der Student wollte gerade ausholen zu einer sanften Kritik an der Ueberzeitlichkeit als Methode, obwohl er damit wahrscheinlich ins Gebiet der negativen Politik eingedrungen wäre. Aber dazu kam er nicht. Der Industrielle fiel ihm in den Satz: »Aha, die Ueberzeitlichkeit als Methode. Sie meinen wohl – ‚das Ewig-Weibliche zieht uns hinan'?« Der Gesichtsausdruck des Industriellen wurde jetzt seifig. Er fuhr fort: »Die Sache mit der Ueberzeitlichkeit leuchtet ein, aber etwas Aktuelles sollten die Lehrer auch lernen.« Der Student erwähnte Brecht, leider ohne Erfolg, denn der Industrielle brachte das Gespräch sofort auf die mangelnde Wehrbereitschaft der modernen Jugend, auf verweichlichte Gesinnung, auf geistige Landesverteidigung. Inzwischen war die Sitzungspause, während deren die beiden plauderten, vorüber. Sie wandten sich wieder andern Problemen zu. Aber der Student hatte das Gefühl, dass es ihm nicht gelungen war, dem Vertreter der politischen Macht die gesellschaftliche Funktion und Notwendigkeit der Germanistik aufzuzeigen. Vor allem nicht jener Germanistik, die er in Umrissen in seinem Kopf hatte. Beklemmend allerdings war ein anderer Gedanke, denn der Student sah seine Aufgabe nicht unbedingt darin, in Sitzungspausen kritische Aufklärung für Industrielle zu dozieren. Beklemmend war der Gedanke, dass das, was der Industrielle und Politiker von der Germanistik und vom Lehrer erwartete, in hohem Mass korrelierte mit dem, was er als Wissenschaftsbetrieb kennenlernte: dem freischwebenden, geschichts- und gesellschaftslosen Geist grosser Individuen, die da stehen in unverrückbarer, zeitenthobener Positivität. Beklemmend auch der Gedanke, dass die Germanistik etwas viel mit industrieller Sonntagmorgenkultur zu tun hat. Der Student wusste, dass das ewige Kreisen der Germanisten ums Ewige ganz bestimmte wissenschaftstheoretische Voraussetzungen und politische Implikationen hatte. In einer ruhigen Stunde formulierte er Thesen dazu. Thesen, die er dem Industriellen nicht vortragen wollte, weil dieser sonst wahrscheinlich gleich alle Hebel in Bewegung gesetzt hätte, um die Germanistik zu säubern. Ein solches »Wozu« wäre für die Positiven nicht tragbar. Wo kämen wir da hin? Wenn jeder einfach wollte.

Vier Thesen: Germanistik als kritische Wissenschaft

Die Thesen, die der Student formulierte, lauten:

1. Das »Wozu« der Germanistik wird beantwortet durch den Industriellen, der zwar die wirtschaftliche Notwendigkeit des Aufwands für dieses Fach übertrieben fand, aber darin keine Gefahr für das Bestehend-Positive sah, im Glücksfall des »richtig« ausgebildeten Lehrers sogar das Gegenteil. In Zeiten wirtschaftlicher Prosperität kann man sich den Luxus der Germanistik leisten, und ganz nutzlos ist das Fach ja nie (Klammer: das Ewig-Weibliche).

2. Die Germanistik, will sie nicht vorkritischer Affirmation verfallen, muss auf drei Ebenen ansetzen: als Sprachwissenschaft, als Ideologiekritik und als Literaturwissenschaft.

a) *als Sprachwissenschaft*

untersucht sie jene Faktoren, die eine soziale Diskriminierung durch Sprache bedingen. *Ein* Gebiet auf dieser Ebene ist die Soziolinguistik.

b) *als Ideologiekritik*

verbindet sie Sprach- und Literaturwissenschaft zu einer Einheit, die imstande ist, das Ideologische und dessen sprachliche Manifestationen an jeder Art von Texten kritisch aufzuzeigen.

c) *als Literaturwissenschaft*

ist die Germanistik die Wissenschaft der Elite, die sich Kultur leisten kann. Literatur, die avancierten ästhetischen Ansprüchen gerecht werden will, *muss* in der Klassengesellschaft elitär sein. Der Vorwurf, ästhetisch avancierte Literatur sei elitär, richtet sich *nicht* gegen die Literatur, sondern gegen eine Gesellschaft, die vor rund 200 Jahren unter dem Postulat der Gleichheit antrat und bis heute noch nicht einmal das Recht auf Bildung realisiert hat. Als Wissenschaft der Elite zeigt die Germanistik das Verhältnis von Kunst und Gesellschaft, das heisst die ästhetische Realisierung gesellschaftlicher Widersprüche. Daneben untersucht sie die Gründe für den Klassencharakter der Kunst, und sie weist die Funktion der trivialen Literatur nach.

Selbstverständlich stehen die drei Ebenen nicht unvermittelt nebeneinander, sondern bedingen sich gegenseitig.

3. Der grösste Teil der Germanistikabsolventen begibt sich nach dem Studium ins Lehramt. Dementsprechend soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Studenten Vorlesungen, Uebungen und Seminare besuchen können, die auf interdisziplinärer Grundlage arbeiten, das heisst gefordert wird die Integration der Erziehungswissenschaft in den Studienplan.

4. Als kritische Wissenschaft beschäftigt sich die Forschung in der Germanistik vor allem mit der Gesellschaftlichkeit der Sprache, die konvergiert mit einer tendenziell zunehmenden Sprachlosigkeit der Gesellschaft.

W. L.

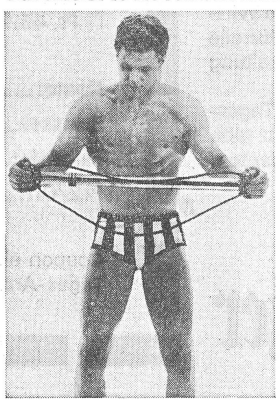
Mensa-Fest

Wann: **Freitag, 5. Mai 1972**
20.30 bis 02.00

Wer: **Round House**
The New Five
Los Flamencos

Eintritt:
Fr. 5.– (ohne Legi Fr. 6.–)

Entwickeln Sie maximale Muskeln in nur 5 Minuten täglich.
Garantierte Resultate innert 14 Tagen oder Sie bezahlen nichts



Es ist erwiesen, der BULLWORKER verleiht Ihnen die Energie, die Stärke und die **Ausdauer eines jungen Tigers:** Er formt Ihre Bizeps, verleiht Ihrem Brustkasten Männlichkeit, lässt Ihre Schultern breiter und kraftvoller, Ihre Beine zu kraftstrotzenden «Muskelsäulen» werden. Ihr Bauchansatz bildet sich zurück und wird wieder flach und «stahlhart». – Und **dies alles bei nur 5 Minuten** täglichem Training. Nach nur 10 Tagen schnellem, leichtem Training **ohne grosse Anstrengungen,** werden Sie den **garantierten Fortschritt** verspüren und das Resultat mit Ihren eigenen Augen feststellen können – andernfalls zahlen Sie nichts.
Senden Sie den Coupon noch heute ein und Sie erhalten unsere ausführliche Gratis-Dokumentation mit allen Einzelheiten. Keine Kaufverpflichtung, kein Vertreterbesuch!

BULLWORKER-SERVICE der Tono AG
Dufourstrasse 145, 8034 ZÜRICH

Gratis Bullworker-Dokumentation

BULLWORKER-SERVICE der Tono AG - 8034 ZÜRICH
JA, senden Sie mir die interessante Farb-Dokumentation über den Bullworker mit allen Details für eine unverbindliche 14tägige Gratis-Probe, das Trainingssystem, das mir in nur 5 Min. täglich einen muskulösen Körper garantiert.
STU-205
Name:
Vorname:
Strasse:
PLZ: Ort:
© 1970 Tono AG
157

GGK

Zur Aktion 30 Prozent Studentenrabatt des Tages-Anzeigers:

Womit entspannen sich viele Studenten vom Lesen? Mit täglichem Lesen.

Man hört etwa von Medizinstudenten, die in ihrer Freizeit nichts lieber tun als sich mit Belletristik beschäftigen. Und man hört etwa von Literaturstudenten, die in ihrer Freizeit psychoanalytische Bücher verschlingen.

Und man weiss von Soziologiestudenten, die ihre Freizeit der Kunstgeschichte widmen.

Das ist nur natürlich: einerseits ist Lesen halt immer noch ihre Lieblingsbeschäftigung — anderseits muss es nicht immer gerade das sein, was man von Berufs wegen lesen muss.

Wenn man das weiss, ist es verständlich, dass so viele Studenten als Tageszeitung den Tages-Anzeiger gern haben. Denn einerseits ist der Tages-Anzeiger eben eine Zeitung, die allen, die Freude am Lesen haben, gefällt. Er ist gut geschrieben, er ist anschaulich geschrieben, er geht ins Detail, er pointiert, er nimmt Stellung, er analysiert, er stellt Bezüge her — mit einem Wort: er ist von Leuten geschrieben, die nichts lieber tun als schreiben. (Auch in ihrer Freizeit.)

Und anderseits bietet er eben allen, die neben ihrem Fachgebiet und in ihrem Fachgebiet Hobbythemen haben, immer wieder Lesestoff. (Der Tages-Anzeiger ist ja so ausführlich und breit angelegt, dass man sagen könnte, er sei eine Wirtschaftszeitung, eine Sportzeitung, eine kulturelle Zeitung, eine politische Zeitung, eine Lokalzeitung und ein Magazin in einem.)

Und wenn man jetzt bedenkt, dass der Tages-Anzeiger für Studenten 30 Prozent Rabatt gibt, kann man wieder einmal (auch den Studenten) sagen:

Freut Euch des Lesens.

Tages-Anzeiger

Coupon

☐ Ich möchte gerne für drei Wochen ein Gratisabonnement, um zu sehen, ob der Tages-Anzeiger und sein Magazin meine Freizeit ausfüllen können.

☐ Ich möchte gerne ein 3-Wochen-Gratisabonnement und anschliessend ein festes Abonnement bestellen. Das kostet:

☐ Fr. 4.— statt Fr. 5.70 für 1 Monat
☐ Fr. 11.55 statt Fr. 16.50 für 3 Monate
☐ Fr. 22.80 statt Fr. 32.60 für 6 Monate
☐ Fr. 45.20 statt Fr. 64.60 für 12 Monate

Name: _____

Strasse: _____

Falkultät: _____ Semester: _____

PLZ/Ort: _____ 7084

Coupon einsenden an:
Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich